



Landtag von Baden-Württemberg

130. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 10. Juni 2015 • Kunstgebäude

Beginn: 8:59 Uhr

Schluss: 11:59 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	7803	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege – Drucksache 15/6886 (Ergänzte Fassung)	7818
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Thomas Marwein	7803	Minister Alexander Bonde	7818
1. Aktuelle Debatte – Ehe für alle: Respekt und volle Rechte für gleichgeschlechtliche Paare auf dem Standesamt – beantragt von der Fraktion GRÜNE . .	7803	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	7819
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	7803, 7808	Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	7820
Abg. Guido Wolf CDU	7804, 7809	Abg. Gabi Rolland SPD	7821
Abg. Claus Schmiedel SPD	7806, 7810	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	7822
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	7806, 7811	Beschluss	7823
Ministerin Katrin Altpeter	7807	4. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Musikland Baden-Württemberg – Drucksache 15/4981	7824
2. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Muttersprachlicher Unterricht in Baden-Württemberg – Drucksache 15/6737 (Geänderte Fassung) .	7811	Abg. Sabine Kurtz CDU	7824
Abg. Volker Schebesta CDU	7811, 7816	Abg. Manfred Kern GRÜNE	7826
Abg. Thomas Poreski GRÜNE	7812, 7817	Abg. Helen Heberer SPD	7827
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	7813	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	7829
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	7814, 7817	Staatssekretär Jürgen Walter	7830
Minister Andreas Stoch	7815	Nächste Sitzung	7833
Beschluss	7817		

Protokoll

über die 130. Sitzung vom 10. Juni 2015

Beginn: 8:59 Uhr

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 130. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Anneke Graner, Herrn Abg. Andreas Deuschle, Herrn Abg. Dr. Wolfgang Reinhart und Herrn Abg. Karl-Wilhelm Röhm erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Alexander Schoch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ganztätig Herr Minister Peter Friedrich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, lieber Herr Kollege Marwein, sehr herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 12. Mai 2015 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation – Drucksache 15/6888

Überweisung an den Innenausschuss

2. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 8. Mai 2015, Az.: 1 VB 16/15 – Verfassungsbeschwerde gegen verschiedene Vorschriften des Landeshochschulgesetzes wegen der Hochschulorganisation

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Ehe für alle: Respekt und volle Rechte für gleichgeschlechtliche Paare auf dem Standesamt – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt.

Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erhält für die Fraktion GRÜNE die Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen allerseits! Bis zum vergangenen Wochenende fand hier in Stuttgart der Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Vier Tage lang waren 100 000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen in der Stadt. Sie haben gemeinsam gebetet, Begegnungen gepflegt, miteinander gefeiert, aber auch ernsthafte und intensive Diskussionen geführt.

Eines der wichtigen Themen war die „Ehe für alle“. Daran wollen wir Grünen heute mit unserer Aktuellen Debatte anknüpfen. Wie es der Titel der Debatte schon sagt, sprechen wir Grünen uns ganz klar für die Ehe für alle aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn sich zwei Menschen lieben, wenn sie Verantwortung füreinander übernehmen, wenn sie ihren Lebensweg gemeinsam gehen wollen, dann finden wir das gut, und wir fragen uns: Wie kann man da dagegen sein? Wenn sich zwei Menschen für eine gemeinsame Zukunft – in guten und in schlechten Zeiten – entscheiden, dann finden wir das gut und fragen: Wie kann man da dagegen sein? Wenn zwei Menschen gleichen Geschlechts eine verbindliche Partnerschaft, einen Pakt der wechselseitigen Fürsorge eingehen wollen und ein ganz normales Leben führen wollen, dann finden wir das gut und fragen uns: Wie kann man da dagegen sein?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das, was wir fordern, bedeutet gleiche Rechte und gleiche Pflichten und die Ehe für alle. Unseres Erachtens darf der Staat nicht beurteilen, wen man liebt. Das tut der Staat aber derzeit. Vor allem beurteilt der Staat, wen man heiraten darf. Wir sind der Ansicht, dass das dem Staat nicht zusteht und dass dies jeder für sich selbst entscheiden muss. Unsere Aufgabe, die Aufgabe der Politik, ist es nämlich, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit jeder und jede frei entscheiden kann, wie er oder sie leben will. Es ist unsere Aufgabe, Rahmenbedingungen für eine freie Entscheidung eines jeden Einzelnen zu schaffen. Dazu gehört auch die Ehe für alle.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Die Ehe für alle muss für alle Menschen möglich sein – ohne Beurteilung, ohne Vorurteile und vor allem auch ohne Ideologie, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Das sehen wir so, das sieht die SPD-Fraktion so, das sieht die grün-rote Landesregierung so, aber das sieht auch die deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Baden-Württemberg so. Nach der jüngsten Umfrage des SPIEGEL sind 66 % der Deutschen der Ansicht – ich zitiere –,

dass Kanzlerin Angela Merkel dem Beispiel anderer Länder folgen und sich dafür einsetzen sollte, eingetragene Lebenspartnerschaften in Deutschland ... in allen Punkten mit der Ehe gleichzustellen.

75 % sind laut SPIEGEL-Umfrage der Ansicht,

dass es eingetragenen Lebenspartnern erlaubt sein sollte, gemeinsam ein fremdes Kind zu adoptieren.

Das, meine Damen und Herren, ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens und zeigt, dass es höchste Zeit wird, die gesellschaftliche Realität anzuerkennen und sich für gleiche Rechte und Pflichten für gleichgeschlechtliche Paare starkzumachen. Das tun wir.

Um noch einmal auf den Evangelischen Kirchentag zu sprechen zu kommen: Kirchentagspräsident Andreas Barner hat gesagt: Gegen Liebe können wir Christen uns nicht stellen. Das sehen wir auch so. Deshalb halten wir es auch für wichtig und richtig, dass sich gleichgeschlechtliche Paare den kirchlichen Segen geben lassen können. Das kann stattfinden und findet auch statt,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

oftmals findet es aber heimlich statt. Wir sind der Ansicht: Gleichgeschlechtliche Paare sollen ihre Liebe offen leben können. Sie sollen sich nicht verleugnen oder verstecken müssen. Dieses Versteckspiel ist einer modernen und offenen Gesellschaft unwürdig und sollte schleunigst beendet werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Einer vielfältigen, bunten und offenen Gesellschaft in einem liberalen Land wie Deutschland und Baden-Württemberg stünde es gut zu Gesicht, wenn wir heute hier im Landtag gemeinsam ein Zeichen für Vielfalt, Respekt, Toleranz und Offenheit setzen. Das wünschen wir uns für die heutige Debatte: ein gemeinsames Signal von allen für die Ehe für alle.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Wolf.

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Frau Kollegin Sitzmann, zunächst einmal möchte ich mich Ihren Worten anschließen, was die Würdigung derer angeht, die den Deutschen Evangelischen Kir-

chentag hier in Stuttgart ausgerichtet haben. Ich möchte dabei ausdrücklich auch auf das hohe Maß an Verantwortung hinweisen, mit der auf diesem Kirchentag viele auch gesellschaftspolitisch wichtige Fragen sachlich und seriös diskutiert worden sind.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich möchte mich den Worten des Dankes ausdrücklich anschließen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Frau Kollegin Sitzmann, ich möchte ausdrücklich würdigen, dass Sie Ihre Rede in der heutigen Aktuellen Debatte in gleicher Weise sachlich gehalten haben, ohne zu versuchen, Menschen, die eine andere Position vertreten, sofort in eine Ecke zu stellen oder zu diffamieren. Wenn wir uns auf diese sachliche Basis verständigen können, die den Respekt

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

vor dem jeweils Andersdenkenden nicht vermissen lässt, wäre auch dies eine gute Stunde in diesem Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Der Titel der heutigen Aktuellen Debatte fordert Respekt für gleichgeschlechtliche Paare ein. Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht ist das eine Selbstverständlichkeit. Wenn sich zwei Menschen entscheiden, füreinander einzustehen und gegenseitig Verantwortung zu übernehmen, ist dies ein Wert an sich. Diese Menschen leben einen Wert an sich – völlig unbesenen des Geschlechts. Die sexuelle Ausrichtung eines Menschen ist ganz allein seine Sache. Sie ist ein wichtiger Teil seiner Persönlichkeit und auch Teil seiner ganz persönlichen Würde, die unantastbar ist.

Eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung eines Menschen ist deshalb vollkommen inakzeptabel. Da gibt es in diesem Hohen Haus sicherlich völlige Übereinstimmung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es sind deshalb auch in der Vergangenheit wesentliche Schritte hin zur Gleichstellung gemacht worden – nach zum Teil heftigen Diskussionen, nach zum Teil heftigem Ringen, auch in meiner Partei –: Ich nenne das Lebenspartnerschaftsgesetz, dessen Überarbeitung im Hinblick auf den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft, Fragen der Hinterbliebenenversorgung. Ich nenne die steuerliche Gleichstellung, die wir ermöglicht haben,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Mussten!)

nachdem die rechtlichen Möglichkeiten durch das Bundesverfassungsgericht geklärt waren. Und ich verweise ganz aktuell auf den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD im Bund, in dem man sich weitere Schritte hin zur Gleichstellung vorgenommen hat. Sie wurden im Bundeskabinett bereits eingebracht. Diesen Koalitionsvertrag hat im Übrigen auch die SPD unterschrieben, lieber Kollege Schmiedel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mitgliederentscheid!)

(Guido Wolf)

Ich glaube, mich erinnern zu können, dass er sogar Gegenstand einer Mitgliederentscheidung der SPD war. Insofern gehe ich davon aus, dass die Inhalte dieses Koalitionsvertrags auch von der SPD hier im Landtag von Baden-Württemberg mitgetragen werden.

(Zuruf von der SPD)

Aber ich glaube, es macht keinen Sinn, meine Damen und Herren, in dieser Diskussion völlig ausblenden zu wollen, dass es auch Aspekte gibt, die die Menschen umtreiben, die geeignet sind, emotionale Diskussionen hervorzurufen. Dass es offene Fragen gibt und dass wir in der Politik gut beraten sind, diese offenen Fragen auch zuzulassen und Menschen, die andere Positionen vertreten, nicht in eine Ecke zu stellen, sie nicht zu tabuisieren, sondern in ihrer Einschätzung und Einstellung zu respektieren, auch das gehört dazu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die CDU hat stets das Verbindende über das Trennende gestellt. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, Politik für alle Gruppen in unserem Land zu gestalten, auch differenzierte Meinungen zuzulassen. Deshalb verstehe ich manchmal auch nicht ganz diesen vermeintlichen Automatismus, zu glauben, aus einer Volksabstimmung in Irland heraus automatisch dieselben Verhältnisse in Deutschland herstellen zu müssen. Dafür sind die Fragen zu komplex, zu differenziert.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Lassen Sie doch die Menschen abstimmen!)

Auch wir müssen diesen Diskussionsprozess mit den Menschen ermöglichen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Die Frage nach der vollständigen Gleichstellung beinhaltet – Sie haben es angesprochen, Frau Kollegin Sitzmann – eben auch die Frage nach dem vollen Adoptionsrecht. Wir sind, auch nach der ausgiebigen Diskussion auf unserem Bundestag in Hannover, wo wir uns Raum und Zeit für die Diskussion dieser Fragen gegeben haben,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

der Überzeugung, dass es mit Blick auf die Adoption unverändert Zweifel und Skepsis gibt und wir diese Zweifel und diese Skepsis auch ernst nehmen müssen. Die Menschen zweifeln nicht deswegen, weil es ihnen an Respekt vor gleichgeschlechtlichen Partnerschaften fehlt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Sie zweifeln auch nicht an der Bedeutung von Liebe, Zuneigung oder dem Wunsch nach Familie. Es geht, so denke ich, um die Frage des Schwerpunkts, der Sichtweise. Wenn es um Adoption geht, meine Damen und Herren, dann richtet sich der Blick nicht nur auf zwei erwachsene Menschen, sondern dann muss sich der Blick auch auf die dritte Person, auf das Wohl des Kindes richten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was heißt das? – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Frau Kollegin Sitzmann, ich will überhaupt nicht die durchaus differenzierte Meinung in der Bevölkerung infrage stellen. Aber auch wenn Sie glauben, totale Mehrheiten hinter sich zu haben, vertreten nach einer Umfrage des INSA-Instituts 71 % der Bevölkerung genau in dieser Fragestellung der Adoption eine ganz differenzierte Position. Das sind eben nicht die Ewigestrigen, wie Sie sie brandmarken wollen. Das sind junge Menschen, das sind alte Menschen, Menschen, die in Vereinen, Kirchen und Parteien engagiert sind – sogar bei den Grünen soll es die geben. Der Leutkircher Grüne Gottfried Härle wurde vor wenigen Tagen in der „Schwäbischen Zeitung“ mit der Aussage zitiert:

Es ist eine gesellschaftlich umstrittene Frage. Ich achte die Meinung eines jeden. Es ist aber kein Thema für parteipolitische Auseinandersetzungen, zumal es in allen Parteien, auch bei den Grünen, Befürworter und Gegner gibt.

Ich glaube, wenn wir auf dieser Basis die Diskussion führen, dann führen wir sie differenziert und mit Respekt vor den einzelnen Positionen der Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens wird die genannte sachliche, differenzierte Betrachtung der Gesellschaft in Sachen Adoptionsrecht auch von nüchternen Zahlen gestützt: Auf der einen Seite waren 2013 deutschlandweit nur 817 Kinder und Jugendliche für eine Adoption vorgemerkt, auf der anderen Seite hätten in über 5 000 Fällen künftige Eltern einem Kind gern eine neue Familie geboten. Rechnerisch standen damit einem zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen sieben mögliche Adoptiveltern gegenüber. Auch diese Zahlen rechtfertigen keine überzogene Polemik. Ich finde, in einer solch sensiblen gesellschaftspolitischen Frage steht es der Politik, steht es der Landesregierung, die in Verantwortung steht, gut zu Gesicht, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, auch wenn sie diese Sorgen nicht teilt. Schrille Konfrontation wäre bei dieser Frage fehl am Platz.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Toleranz ist keine Einbahnstraße.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich möchte deshalb an uns alle, vor allem auch an die Landesregierung, appellieren, das immer wieder wiederholte Versprechen der Toleranz auch zu halten.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Akzeptanz! – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Toleranz ist keine Einbahnstraße. Auch die Menschen, die Ihre Vorstellungen nicht teilen und hierfür gute Argumente haben, sind Teil unserer Gesellschaft und haben es verdient, von ihrer aktuellen Landesregierung mit dem nötigen Respekt und dem Willen zum Dialog eingebunden zu werden.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will mit dem Kirchentag beginnen. Kirchentagspräsident Professor Dr. Andreas Barner hat im Rahmen des Abschlussgottesdienstes die Fragen gestellt: Sind wir klüger geworden? Haben wir es als Gemeinschaft geschafft, klüger zu werden?

In Bezug auf das Thema der heutigen Aktuellen Debatte muss man feststellen, dass es lange gedauert hat, bis die Gesellschaft beim Umgang mit der Homosexualität klüger geworden ist. Die §§ 175 und 175 a des Strafgesetzbuchs, die in der Nazizeit verschärft wurden, haben noch 20 Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Gültigkeit gehabt. 20 Jahre! Der dahinterstehende Zeitgeist wird deutlich in einer Gesetzesbegründung aus der Ära Adenauer, in der es hieß, wenn man diese Vorschriften aufheben würde, würde dies dazu führen, dass die nähere Umgebung durch eheähnliche Lebensgemeinschaften von homosexuellen Paaren belastigt werden könnte.

Darüber sind wir weit hinaus. Insofern begrüße ich sehr, dass Sie, Herr Kollege Wolf, jeder Diskriminierung von Lebenspartnern, des Zusammenlebens von gleichgeschlechtlichen Partnern eine Absage erteilt haben.

(Zuruf von der CDU)

Ich glaube aber, dass wir inzwischen weiter sind, als dass wir nur zur Kenntnis nehmen, dass es unterschiedliche Positionen gibt; das haben Sie ausgeführt. Ich glaube, dass die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Bundesministerin von der Leyen, recht hat mit ihrer Aussage – ich habe das in der Zeitung gelesen; zitiert wurde ein Beitrag von ihr aus einer Debatte im CDU-Bundesvorstand –: Wenn man im großen Familienverband zusammensitzt und gleichgeschlechtliche Partner dabei sind, dann fühlt sich davon niemand belästigt; im Gegenteil, den alten Tanten kommen Tränen in die Augen, wenn sie sagen: „Jetzt hat er auch jemanden gefunden, der ihn liebt, und sie können gut miteinander.“

Deshalb, glauben wir, ist es an der Zeit, dass wir ein Stück weiter gehen können, als Lebenspartnerschaften zuzulassen, bei denen die Menschen zwar die gleichen Pflichten haben, aber nicht die gleichen Rechte wie Ehepartner. Es ist an der Zeit, dass wir den Schritt machen können, zu sagen: Wir wollen Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen, die gleichen Rechte zugestehen und die gleichen Pflichten auferlegen, wie das bei Mann und Frau der Fall ist.

Häufig wird eingewandt, was auch damals, im Jahr 2002, in der Debatte im Landtag eine Rolle gespielt hat: Wenn man – damals ging es um die Lebenspartnerschaften und das Ausführungsgesetz – das zulässt, dann ist das ein Angriff auf die klassische Ehe – Mann, Frau, Kind. Der Kollege Bebbler hat damals dem Kollegen Hillebrand, der für die CDU gesprochen hat, entgegnet: „Wenn das Bundesverfassungsgericht entsprechend entscheidet,“ – das musste damals entscheiden – „dann zwingt Sie niemand, Ihre Ehe aufzugeben; Sie können die Ehe gern genauso weiterführen.“ So wird es natürlich auch sein: Wenn die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wird, dann wird die ganz große Mehrzahl der Menschen nach wie vor die klassische Familie leben wollen: Mann, Frau, Kind oder Mann, Frau. Das ändert nichts. Das ist kein Angriff

auf die Ehe, sondern es ist ein Abbau von Diskriminierung, die sich überlebt hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb wäre es natürlich schön, wenn die CDU – Sie haben darauf hingewiesen, Herr Kollege Wolf: die Debatte in der CDU hält an, der Beitrag von Frau von der Leyen zeigt das ja –, nachdem jetzt die Lebenspartnerschaften auch von der CDU akzeptiert sind, ganz im Sinne des Koalitionsvertrags einen Schritt weiter gehen würde und mit uns gemeinsam dafür eintreten würde, dass auch für gleichgeschlechtliche Paare gleiche Rechte und gleiche Pflichten vor dem Standesamt gelten, sprich die Ehe Gültigkeit hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur gelebten gesellschaftlichen Toleranz gehört für die Freien Demokraten auch die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Fundament unserer Gesellschaft ist die Übernahme dauerhafter Verantwortung füreinander.

Dennoch habe ich manchmal den Eindruck, dass die gesamte Diskussion etwas zu kurz greift. Ich würde mir wünschen, dass wir in eine breitere Diskussion gehen, nämlich eine Diskussion über die Situation der Ehe und der Familie insgesamt. Wir sehen, dass wir inzwischen auch in Baden-Württemberg an einem Tiefpunkt bei der Zahl der geschlossenen Ehen angekommen sind: unter 50 000 Eheschließungen jährlich und inzwischen eine Scheidungsrate von über 40 %. Das zeigt schon, dass wir eine breitere Grundlage für diese Thematik brauchen. Was die Verpartnerung gleichgeschlechtlicher Paare betrifft, so liegt der Anteil derer, die die Verpartnerung eingehen, bundesweit bei nur wenigen Prozent. Das gehört, denke ich, in dieser Diskussion mit dazu.

Es wurde in den letzten Jahren bereits viel erreicht, auch unter der Union/FDP-geführten Bundesregierung 2009 bis 2013. Der Kollege Schmiedel hat an den § 175 erinnert. Wir haben dazu hier im letzten Jahr eine Debatte gehabt und einen gemeinsamen Beschluss gefasst. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld wurde gegründet, um sich u. a. mit der historischen Aufarbeitung der Verfolgung von Homosexuellen zu beschäftigen. Beispielsweise bei der Erbschaftsteuer, der Grunderwerbsteuer, beim BAföG, beim Beamten-, Soldaten- und Richterrecht sind Gleichstellungen vollzogen worden. Wenn man das vergleicht mit der Zeit von Rot-Grün von 1998 bis 2005, dann erkennt man, denke ich, dass dort seit dieser Zeit Erhebliches passiert ist und weitere Schritte in Richtung einer vollständigen Gleichstellung erfolgt sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir dürfen davon ausgehen, dass das Bundesverfassungsgericht weitere Entscheidungen zur Ehe und auch zur Adoption treffen wird, die dann auch, denke ich, eine breite politische Basis finden können.

(Jochen Haußmann)

Ich glaube aber, für uns, für die Gesellschaft sollte das Ziel sein, den Respekt und die Anerkennung der Betroffenen als Anspruch ernst zu nehmen. Für viele Schwule und Lesben steht vielleicht gar nicht so sehr das Eingehen der Ehe – das ist mehr das Symbol – im Vordergrund, sondern sie wollen Respekt und Anerkennung im täglichen Leben. Das sollte uns auch gemeinsam antreiben. Ich möchte auch darauf hinweisen: Es gibt nach wie vor viele Ängste und auch Vorurteile. Auch diese sollten wir ernst nehmen. Es ist eben kein Automatismus, dass, wenn man jetzt die Ehe für alle beschließt, damit auch alle Herausforderungen gemeistert sind.

Die Diskussion – da komme ich auch auf den Kirchentag zurück, aber unter einem anderen Aspekt – zum Aktionsplan zur sexuellen Vielfalt und auch die Diskussion zum Bildungsplan haben jetzt durch den Kultusminister gerade beim Kirchentag noch einmal neuen Zündstoff bekommen. Dies hat noch einmal gezeigt, dass diese Sorgen und diese Thematik deutlich sensibler zu behandeln sind. Das Thema des Bildungsplans im Bereich der sexuellen Vielfalt wurde beim Kirchentag vom Kultusminister angesprochen, und dies hat auch gleich wieder Sorgen hervorgerufen.

Deswegen sollten wir aus der Akzeptanz sexueller Vielfalt eine Akzeptanz von Vielfalt machen. Wir brauchen ein Vielfaltsmanagement, zu dem neben dem Thema „Sexuelle Orientierung“ auch die Themen Geschlecht, „Ethnische Herkunft“, Nationalität, Alter, Behinderung sowie Religion und Weltanschauung dazugehören. Da ist es gut, dass es die Freien Demokraten gibt, denn wir haben dazu gestern den Antrag „Vielfalt in Baden-Württemberg als Chance“ eingereicht, der genau diese Thematik in ihrer ganzen Breite aufgreift,

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

um Respekt und Anerkennung für die Vielfalt in unserem Land voranzubringen, die eben weit mehr als das Thema „Sexuelle Orientierung“ umfasst.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Burger CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Altpeter.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand darf wegen seiner geschlechtlichen Orientierung diffamiert werden, und niemand darf aufgrund von persönlichen Eigenschaften und Überzeugungen benachteiligt werden. So steht es in unserer Verfassung, die nach der abscheulichsten Epoche der deutschen Geschichte und beindruckt von dieser niedergeschrieben wurde.

Es hat aber lange gedauert, bis der Geist dieser Verfassung in die Herzen der Menschen eingezogen ist. Lange gab es noch den § 175 im Strafgesetzbuch, und noch viel länger als dieser § 175 hielten sich Vorbehalte in einigen Kreisen der Bevölkerung und halten sich auch heute noch.

Dennoch bekennen sich heute Politiker aller Couleure zu ihrer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft. Klaus Wowerit ging

mutig voran. Ole von Beust war der erste prominente Vertreter der CDU. Selbst Guido Westerwelle hat inzwischen seinen Partner geheiratet.

Aber die volle Gleichberechtigung, die volle Anerkennung in der Gesellschaft ist deshalb noch lange nicht erreicht. Denn immer noch gibt es haufenweise Vorurteile, abzulesen etwa an den Auseinandersetzungen der heutigen Debatte zur Ehe für alle. Allein der Begriff „Homohe“ macht deutlich, wie diskriminierend heute vielfach noch gedacht wird.

Dabei sind wir aber – so meine ich – auf einem guten Weg, auf dem zu gehen ich die CDU hier im Land gern einladen würde.

Lieber Herr Wolf, es hilft uns nicht weiter, wenn Sie von einer „schrillen Kommunikation“ reden. Eine schrille Kommunikation ist nicht durch die Regierung und die Regierungsfractionen entstanden, sondern eine schrille Kommunikation ist im Land zum Teil dort entstanden, wo zu einer scheinbaren „Demo für alle“ aufgerufen wurde, an der sich – mit Verlaub – auch Ihre Leute beteiligt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit wir 2011 die Regierungsgeschäfte übernommen haben, haben wir uns für die Rechte von LSBTTIQ-Menschen eingesetzt. Ich möchte hier nicht die ganzen Maßnahmen aufzählen. Wir haben aber bei all unserem Handeln eine klare Richtschnur. Diese Richtschnur heißt Akzeptanz und gleiche Rechte.

Überträgt man das auf gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, heißt das gleiche Pflichten und gleiche Rechte auch für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Demgemäß werden wir uns dafür einsetzen, dass eingetragene Lebenspartnerschaften künftig in vollem Umfang mit der Ehe gleichgestellt werden. Ich denke, dass uns da kein Zacken aus der Krone bricht, wenn wir etwas herstellen, was in unserem Land eigentlich schon längst gesellschaftliche Realität ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Gleichgeschlechtlichen Paaren ist bis heute die Ehe verwehrt, was zweifellos eine konkrete und auch eine symbolische Diskriminierung von Menschen darstellt, die eine andere sexuelle Identität haben. Die eingetragene Lebenspartnerschaft hat zwar viel gebracht, sie war gesellschaftlich und auch rechtlich ein Erfolg, aber letztlich – ich denke, das können wir gerade auch nach den Diskussionen der letzten Wochen sagen – ist sie doch nur ein Übergangskonstrukt.

Deshalb haben wir in der vergangenen Woche die Wiedereinbringung des Gesetzentwurfs zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts gemeinsam mit anderen Ländern im Bundesrat beantragt. Denn angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen Änderung des Eheverständnisses gibt es keine haltbaren Gründe, gleichgeschlechtliche und nicht gleichgeschlechtliche Paare unterschiedlich zu behandeln.

Es gibt auch in der Bevölkerung eine klare Mehrheit dafür, die Diskriminierung von Menschen, die nicht heterosexuell sind, zu beenden. Bereits im Jahr 2013 ergab eine forsa-Umfrage, dass drei von vier Bürgerinnen und Bürgern die völlige

(Ministerin Katrin Altpeter)

ge Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der traditionellen Ehe begrüßen würden.

Wenn wir heute von Familien reden, dann ist es, denke ich, wichtig, dass sich Familienpolitik von der Ideologie frei machen muss, dass die Institution der traditionellen Ehe allein durch rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften bedroht würde.

Wenn wir heute über Familien reden in einem Familienverständnis, das bedeutet, dass Menschen auch unterschiedlicher Generationen, unterschiedlichen oder gleichen Geschlechts Verantwortung füreinander übernehmen, dann muss uns das aufgrund der in der Verfassung verbrieften Rechte auch ein ganz wichtiges Konstrukt sein, insbesondere dann, wenn wir das Kindeswohl im Auge haben. Denn ich bin mir sicher, das Kindeswohl hängt nicht davon ab, welchen Geschlechts die Person ist, die dieses Kind erzieht, sondern das Kindeswohl hängt ausschließlich davon ab, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welcher Liebe ein Kind aufwachsen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ wird die Landesregierung die Gleichstellung von LSBTTIQ-Menschen weiter voranbringen. Wir wollen mit dem Aktionsplan deutlich machen, wo es noch Diskriminierungen gibt, und Menschen eine Stimme geben, damit Diskriminierung sichtbar wird, damit ein Begriff wie die sogenannte „Homoehe“ eben nicht das Normale ist, sondern klar wird, dass wir uns auch in unserer Sprache und in unseren Maßnahmen der gesellschaftlichen Realität anpassen. Denn das Ziel muss sein, die bestehenden strukturellen Benachteiligungen gezielt abzubauen.

Deshalb wollen wir durch kontinuierliche Aufklärung dazu beitragen, dass Vorbehalte abgebaut werden. Denn die Gleichstellung des einen bedeutet noch lange keine Bedrohung der Rechte des anderen. Das gilt es deutlich zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Natürlich haben auch mich Schreiben von besorgten Eltern erreicht, die einen Werteverfall der Familie und unserer Gesellschaft befürchten. Für mich ist das eine Aufforderung, diese Menschen mitzunehmen, deutlich zu machen, dass wir alle davon profitieren, wenn Diskriminierung in einer Gesellschaft nicht stillschweigend akzeptiert wird. Denn wenn wir von Familien reden, dann geht es darum, Familien überall dort zu unterstützen und zu stärken, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wurden in den Debatten ja schon einige Male Aussagen zitiert, die im Rahmen des Kirchentags gemacht wurden. Für mich war eine Aussage sehr einprägsam – dies auch und nicht zuletzt mit Blick auf unser politisches Handeln –, nämlich die Aussage des EKD-Vorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm, der gesagt hat: Es ist doch eigentlich ein gesellschaftlicher Fortschritt, dass die Ehe nicht länger nur der ökonomischen Absicherung einer Partnerin oder eines Partners dient, sondern dass Menschen sehr bewusst füreinander eintreten, dass sie bereit sind, Verantwortung füreinander zu übernehmen, und bereit sind, dies auch zu besiegeln.

Ich finde, wenn uns das gelingt und wenn wir dazu die Ehe für alle auf den Weg bringen können, dann hat unsere Gesellschaft als Ganzes bestimmt gewonnen und hat einen weiteren großen Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung und zu mehr gegenseitigem Verständnis gemacht.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort in der zweiten Runde erteile ich für die Fraktion GRÜNE der Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs sind ein sachlicher Tonfall und Respekt gelobt worden. Sie, Herr Wolf, haben aber auch von überzogener Polemik und schriller Konfrontation gesprochen. Dies hat in dieser Debatte hier im Haus nicht stattgefunden, und das ist auch nicht der Tonfall oder der Tenor, mit dem Grüne und SPD oder diese Landesregierung argumentieren und das Thema „Ehe für alle“ auf den Weg bringen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben von der eingetragenen Lebenspartnerschaft gesprochen. Die hat die damalige rot-grüne Bundesregierung 2001 auf den Weg gebracht und beschlossen. Das war ein richtiger und wichtiger Schritt, aber es ist an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen. Es sind zwar, wie Sie gesagt haben, einige Veränderungen seit der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaften vorgenommen worden – auch zu Zeiten der CDU-geführten Bundesregierung –, allerdings immer nur auf Druck des Bundesverfassungsgerichts.

Herr Kollege Haußmann, auch das, was Sie aufgezählt haben – die Veränderungen, der Abbau von Diskriminierung und von Ungleichbehandlung – hat immer aufgrund von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts stattgefunden und leider nicht aufgrund des politischen Willens von CDU oder FDP, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es wäre gut, wenn die nächste Veränderung, die ansteht, nämlich die Ehe für alle mit Adoptionsrecht, diesmal aufgrund von politischem Willen stattfindet und sich die Bundespolitik nicht erst durch vom Gericht erzwungene Entscheidungen bewegt. Deshalb unterstützen wir die grün-rote Landesregierung bei ihren Anträgen, die nächsten Freitag im Bundesrat eingebracht werden und dort hoffentlich auch eine Mehrheit finden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es hat sich einiges bewegt – richtig –, aber in aller Regel auf Druck des Bundesverfassungsgerichts. Und das, was in Berlin vorgesehen ist, ist deutlich zu wenig, meine Damen und Herren.

Es ist eindeutig zu wenig, was die Bundesregierung an weiterem Abbau von Diskriminierung vorsieht. Deshalb die Frage an Sie, Herr Wolf: Sie haben gesagt, dass Sie selbstverständlich gegen jede Art von Diskriminierung sind. Das ist gut und richtig; davon gehen wir aus. Aber wenn Sie diese Posi-

(Edith Sitzmann)

tion vertreten, ist doch Handeln und Entscheiden angesagt. Handeln und Entscheiden, das vermissen wir bei Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben nicht gehört, welche Position Sie als Fraktionsvorsitzender vertreten oder welche Position die CDU-Landtagsfraktion vertritt. Das können Sie gleich darstellen. Aber wenn man sich dafür einsetzt, Diskriminierung zu beenden, ist der erste und beste Schritt, dass der Staat es tut, dass der Staat gleiche Rechte und Pflichten für alle schafft und damit ein Zeichen dafür setzt, dass es keine Ungleichheit und keine Diskriminierung gibt. Das wäre die logische Konsequenz aus Ihren Ausführungen, und wir erwarten, dass Sie dazu Stellung beziehen, Herr Wolf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben Irland angesprochen. Bei der Volksabstimmung in Irland am 23. Mai, also vor wenigen Wochen, haben sich deutlich über 60 % für gleiche Rechte ausgesprochen: Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Aber, meine Damen und Herren, Irland ist dabei nicht das einzige Land auf dieser Welt. Ich nenne Belgien, die Niederlande, Frankreich, Luxemburg, Finnland, Kanada, Südafrika, Spanien, Norwegen, Schweden, Portugal, Island usw. usf. Das, was in all diesen Ländern und nun auch in Irland möglich ist, sollte doch wohl auch in Deutschland endlich möglich werden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Denn die Ehe für alle nimmt niemandem etwas weg. Sie schränkt niemanden ein, und sie fügt niemandem einen Schaden zu. Warum sollte die Ehe für alle also nicht auch bei uns Realität und Wirklichkeit werden können, meine Damen und Herren?

Selbstverständlich geht es bei der Adoption von Kindern immer um das Kindeswohl. Das steht ja wohl außer Frage. Das gilt aber unabhängig davon, welches Geschlecht die Eltern haben. Das Kindeswohl steht im Mittelpunkt. Ich weiß nicht, was Sie mit Ihrer Aussage, auf ein Kind, das zu adoptieren sei, kämen sieben Adoptiveltern, eigentlich sagen wollen. Sollen wir die Anzahl der Eltern, die sich für eine Adoption interessieren, einschränken?

(Zuruf von der CDU)

Ich kann nur sagen: Auch das Bundesverfassungsgericht hat zum Adoptionsrecht schon entscheidende Hinweise gegeben. Das Wohl des Kindes steht im Mittelpunkt. Das daran festzumachen, ob ein Paar gleichen Geschlechts ist oder nicht, ist unangebracht und unangemessen.

Lassen Sie mich zum Schluss aus dem SPIEGEL von dieser Woche den katholischen Hochschulpfarrer Burkhard Hose zitieren:

Homosexuelle Paare, deren Kinder ich getauft habe, zeichnen sich gerade durch eine ausgesprochen wertorientierte Erziehung aus.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie diese Position ernst. Sagen Sie, was Sie gegen Diskriminierung tun und wie Ihre Position zur Ehe für alle ist. Wir stehen dazu, wir unterstüt-

zen das, und wir begrüßen es sehr, dass die grün-rote Landesregierung im Bundesrat entsprechend aktiv wird.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Wolf das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr verhalten, der Applaus!)

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal die Feststellung, dass die Diskussion nach meiner Wahrnehmung sachlich geblieben ist – zumindest weitgehend. Das dient der Sache und der Thematik. Dabei bleibe ich. Wenn ich vorher vor „schriller Konfrontation“ gewarnt habe, habe ich das völlig wertfrei getan. Liebe Frau Ministerin, liebe Frau Sitzmann, getroffene Hunde scheinen zu bellen.

(Lachen des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich will überhaupt nicht alles rechtfertigen, was in diesem Zusammenhang von wem auch immer gesagt worden ist. Ich will mir aber auch nicht anmaßen, darüber zu befinden, welche Demonstration in diesem Land gut ist und welche schlecht.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Es gibt viele Demonstrationen in diesem Land, deren Inhalte und deren Art der Durchführung ich keineswegs teile. Aber es steht mir nicht zu, darüber zu befinden, welche Demo gut und welche schlecht ist.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Sitzmann, Sie haben auf das Bundesverfassungsgericht hingewiesen und den sanften oder auch weniger sanften Druck des Bundesverfassungsgerichts im Vorfeld mancher Entscheidung in Berlin beschrieben.

Zum einen hat doch wohl eine Weile lang Rot-Grün in Berlin regiert, und schon damals hätte im Vorfeld einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtsurteils schon das eine oder andere geregelt werden können. Rot-Grün hat das dennoch nicht getan.

Zum Zweiten ist es, glaube ich, auch Tatsache, dass wir momentan mit Union und SPD in Berlin regieren und in der Koalitionsvereinbarung Maßnahmen beschlossen haben, die keineswegs das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat, sondern die als politische Entscheidung dieser schwarz-roten Koalition zu sehen sind.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sagen Sie doch Ihre Meinung!)

Deshalb sind wir in vielen Fragen der Gleichstellung –

(Zuruf von den Grünen)

– Wenn Sie mir Gelegenheit geben, meine Sätze zu Ende zu führen, werden auch Sie sie am Ende verstehen und die Frage nicht wiederholen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit bei der CDU)

(Guido Wolf)

Deshalb sind wir in vielen Bereichen dafür, dass Maßnahmen zur Gleichstellung getroffen werden – aber nicht, wenn es um die Adoption geht. Dabei stelle ich überhaupt nicht in Zweifel, dass auch homosexuelle Menschen für ein Kind Bezugsperson sein und Liebe für ein Kind entfalten können. Aber ich bin mit dem großen Teil der Bevölkerung der Überzeugung, dass Kinder immer noch idealerweise bei Vater und Mutter aufwachsen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

– Moment mal, lieber Herr Kollege Lucha. Jetzt unterstelle ich einmal, Sie gehen in Ihrem Wahlkreis auch in Kindergärten – man liest davon gelegentlich auch in der Zeitung –, was ich klug finde. Dort reden Sie mit Erzieherinnen. Wenn ich das tue, sagen sie mir jedes Mal: Liebe Politiker, sorgt einmal dafür, dass wir endlich auch Erzieher in unsere Kindergärten bekommen, denn Kinder brauchen weibliche und männliche Bezugspersonen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von den Grünen: Unglaublich! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Im rot-grün regierten Hamburg läuft derzeit landesweit eine Werbeaktion, ein Hilferuf der Regierung, plakatiert in allen Stadtbahnen:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

„Vielfalt, MANN! ... werde Erzieher!“

Das heißt, auch dort gibt es die klare Erkenntnis, dass das für ein Kind gut und wichtig ist. Deshalb finde ich es notwendig, dass wir die Diskussion über Fragen des Kindeswohls auch unter diesem Aspekt führen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich.)

Eine letzte Bemerkung: Liebe Frau Ministerin, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie in Ihren Ausführungen auch den Bogen gespannt haben von der heutigen Debatte, die richtigerweise hier geführt wurde, hin zu den Familien im Land. Ich glaube, es muss auch ein Signal ausgehen: Uns in diesem Hohen Haus ist wichtig: Wie kann Familie in Zukunft gelingen? Was kann Politik tun, damit Familien in Baden-Württemberg gute Rahmenbedingungen haben?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das setzen wir ja um!)

Lassen Sie uns darüber gemeinsam diskutieren und die notwendigen Schritte auf den Weg bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es bleibt, wie es war: Die CDU bewegt sich bei der Frage der Akzeptanz und des Respekts und der

gleichen Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, sie bewegt sich jedoch im Schnecken tempo.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr richtig!)

Ich erinnere noch einmal an die Debatte über die Umsetzung der Lebenspartnerschaften in Baden-Württemberg 2002 in diesem Haus. Da wurden wir noch mit Aussagen konfrontiert wie: Die rot-grüne Bundesregierung stülpe die Gesellschaft in Deutschland um, entwerte die Familien. Herr Kollege Hilbrand hat gesagt, bei der materiell-rechtlichen Betrachtung gehe ihm das Messer im Sack auf.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er hatte immerhin noch eines dabei!)

Das war heftig. Das ist jetzt weg. Gott sei Dank.

Aber auch Sie müssen doch konstatieren, dass in der Gesellschaft, nicht zuletzt durch dieses Institut der Lebenspartnerschaften, die Diskussion wesentlich weiter gegangen ist und wir heute eine Akzeptanz für gleichgeschlechtliche Partnerinnen und Partner haben, die ganz überwiegend vorhanden ist. Die Ministerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es in der Gesellschaft natürlich noch Vorurteile gibt. Wenn man an den Wortschatz von Kindern auf dem Schulhof denkt, schwingt das natürlich noch mit. Den Ausspruch „Das ist doch schwul!“ als abwertende Bemerkung, als Floskel gibt es noch.

Deshalb wäre es wirklich wichtig, wenn wir ein Zeichen setzen könnten, dass wir es von Staats wegen ernst meinen und keine Unterscheidung mehr machen, ob gleichgeschlechtliche oder unterschiedlich geschlechtliche Ehen geschlossen werden, und wir deshalb den gleichgeschlechtlichen Paaren den vollen Zugang zur Ehe mit allen Rechten und Pflichten ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie haben gesagt, Sie glauben immer noch, dass es richtig und wichtig ist, dass ein Kind Vater und Mutter hat. Es gibt aber keinen Beleg dafür, dass das Kindeswohl an einer Stelle leidet, wenn es von gleichgeschlechtlichen Paaren aufgezogen wird. Kollegin Sitzmann hat einen schönen Beleg von einem katholischen Pfarrer gebracht. Ich wäre dankbar, wenn Sie einmal einen Beleg bringen würden, der Ihre Position untermauert, damit man sich darüber einmal sachlich austauschen kann. Ich glaube eher, es ist vorurteilsbegründet. Das führt natürlich dazu, dass man sich zwar nicht belästigt fühlt, aber immer noch eine Distanz zu gleichgeschlechtlichen Ehepaaren hat.

Denken Sie aber einmal an den Sprachgebrauch, wenn man das beschreibt. Die Menschen sagen z. B.: „Wir haben geheiratet“ oder: „Das ist mein Mann.“ Im Grunde genommen gehen die Betroffenen, geht aber auch der weitaus größere Teil der Gesellschaft mit diesen homosexuellen Paaren also genauso um wie mit heterosexuellen Paaren. Deshalb ist es an der Zeit. Deutschland ist reif dafür, dass wir den letzten Schritt machen und die volle Gleichberechtigung bei der Eheschließung einführen. Darum unterstützen wir natürlich nachdrücklich zusammen mit der Fraktion GRÜNE die Initiative unserer Landesregierung im Bundesrat.

Es wäre schön – aber es ist leider nicht der Fall –, wenn die CDU im Landtag von Baden-Württemberg mitmachen wür-

(Claus Schmiedel)

de. Sie brauchen wahrscheinlich noch einige Jahre, bis Sie diesen Schritt innerlich auch gehen können. Aber wir sind dankbar, dass unsere Landesregierung vorausgeht und das Thema auf die Tagesordnung der Bundespolitik bringt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident! Nach der Volksabstimmung in Irland hatte sich unser Landesvorsitzender dahin gehend geäußert, dass es für uns überhaupt keine Frage wäre, zu diesem Diskussionsthema, zu dieser Fragestellung auch eine Volksabstimmung durchzuführen. Wir hätten da überhaupt keine Bedenken. Es war bereits in unserem Landtagswahlprogramm 2011 enthalten, dass gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften umfassend mit der Ehe gleichzustellen sind.

Ich will, weil es heute angesprochen wurde, gern noch einmal an die Sitzung im Oktober 2014 zu dem Entschließungsantrag zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer erinnern. Ich darf aus meiner Rede zitieren:

Wichtig für uns, die liberale Landtagsfraktion, ist, dass es die Aufgabe der Gesellschaft bleibt, Toleranz im Alltag umzusetzen.

Es gibt inzwischen schöne Beispiele, etwa die Charta der Vielfalt, die 2006 von mehreren Unternehmen ins Leben gerufen wurde. Es gibt inzwischen über 2 000 Firmen mit 7,4 Millionen Beschäftigten, die diese Charta der Vielfalt in ihr Leitbild, in ihre Unternehmensgrundsätze aufgenommen haben – ein schönes Beispiel, wie man es im Alltag umsetzen kann.

Ich zitiere weiter:

Dabei geht es um die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe. Die Frage der sexuellen Orientierung steht in diesem Zusammenhang. Gesellschaftliche Ausgrenzungen haben auch immer etwas mit Ängsten und Vorurteilen zu tun. Wohlstand und Bildung schaffen die beste Grundlage, diese abzubauen.

Respekt und Gelassenheit ist etwas, was wir nicht im Landtag beschließen können, sondern was im Alltag gelebt wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Muttersprachlicher Unterricht in Baden-Württemberg – Drucksache 15/6737 (Geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Bildungspolitik hat Grün-Rot viele Baustellen aufgerissen und hat an vielen dieser Baustellen für Verunsicherung an den Schulen gesorgt.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Bei manchen Punkten sind Sie dabei stehen geblieben, Baustellen verbal aufzureißen. Und genau in diesen Punkten haben Sie es sich als Opposition mit Ihren Forderungen bis 2011 zwar leicht gemacht; seit Ihrer Regierungsübernahme im Jahr 2011 haben Sie jedoch gemerkt, dass vieles nicht so einfach ist, wie Sie es sich vorgestellt hatten.

Dies gilt auch für das Thema „Muttersprachlicher Unterricht“. Als Opposition hatten Sie noch getönt, dass, wenn Sie die Regierungsverantwortung übernehmen, alles anders würde. Deshalb haben Sie in Ihre Koalitionsvereinbarung aufgenommen, dass Sie den muttersprachlichen Unterricht schrittweise ins reguläre Schulangebot integrieren wollen.

Angesichts der großen Töne, die Sie damals gespuckt hatten, waren wir bei der Lektüre der Stellungnahme zu einem Antrag unserer Fraktion doch sehr überrascht. Denn darin steht, dass das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport „von einer Fortführung des muttersprachlichen Unterrichts nach dem bisherigen Modell“ ausgeht.

Es ist für uns eine völlig neue Erfahrung, dass Sie Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag in einer Stellungnahme zu einem Antrag der CDU-Fraktion wieder einsammeln. Völlig neu ist aber auch, dass Sie sogar bei einem solchen Rückzieher eine Abstimmung in der Koalition nicht so hinbekommen, dass sich nach außen ein einheitliches Bild ergibt. Denn der Kollege Lede Abal von den Grünen lässt sich in Kenntnis der Stellungnahme des Kultusministeriums zitieren:

Wir wollen langfristig Strukturen schaffen, die muttersprachlichen Unterricht als Bestandteil des schulischen Angebots ermöglichen. Wir sind hier auch mit dem Koalitionspartner im Gespräch.

Zeitungen machen daraus: „Grün-Rot uneins über Unterricht in Muttersprache“.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: „Zeitungen machen daraus“! Sehr gut!)

Sie sind in diesem Punkt als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Vielleicht gilt dies – Herr Kollege Lede Abal, weil Sie gerade dazwischengerufen haben – dann auch für die Abstimmung, die über den vorliegenden Änderungsantrag später erfolgen wird. Vielleicht gilt auch da: „Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet“.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

wenn Sie trotz der Haltung, die Sie zum Ausdruck gebracht haben, nicht so abstimmen dürfen, wie es dieser Haltung entsprechen würde.

Dieser Streit passt aber ins Bild, das die Regierungskoalition in dieser Legislaturperiode abgibt: Es gibt Streit über bil-

(Volker Schebesta)

dungspolitische Themen, etwa über die Zahl der Standorte mit G 9, über die Höhe des Abbaus von Lehrerdeputaten, über die entsprechenden Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung, über die Zukunft der Realschule – hier haben Sie eineinhalb Jahre gebraucht, um am Ende dann doch nicht das richtige Handwerkszeug für diese Schulart zur Verfügung zu stellen.

Bei den Themen „Muttersprachlicher Unterricht“ und Sprachförderung würde eine Beschäftigung damit tatsächlich lohnen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Meinen Sie jetzt den muttersprachlichen Unterricht oder die Sprachförderung?)

– Ich meine beides. Ich komme noch darauf zurück. – Denn zum einen wollen wir – das gilt wahrscheinlich für uns alle –, dass dort, wo muttersprachlicher Unterricht angeboten wird, dieser auch so ausgestaltet ist, dass er der Integration dient und die Integration nicht erschwert. Zum anderen gibt es zum Thema „Muttersprachlicher Unterricht“ natürlich auch unterschiedliche wissenschaftliche Untersuchungen, die der Frage nachgehen, wie sich dieser Unterricht auf Sprachentwicklung, Identität und Persönlichkeitsentwicklung auswirkt.

Den letztgenannten Aspekt haben Sie, Herr Minister, in der Stellungnahme zu unserem Antrag auch dargestellt. Sie versuchen jetzt, das Thema, so, wie es im Koalitionsvertrag angelegt ist, ad acta zu legen mit der Begründung, dass andere Projekte dringlicher seien. Da haben Sie auch recht; denn mit 60 Millionen € kann man in der Tat auch vieles andere machen. Aber wie sieht es denn mit diesen anderen Themen aus, wenn es um den Bereich der Sprachförderung insgesamt geht? Wir haben neben den Angeboten in der Schule die Sprachförderung vor Schuleintritt eingeführt. Wer schon im Schulalter zu uns nach Deutschland kommt, braucht dann andere Angebote – vor der Schule oder parallel zur Schule.

Sie haben in dieser Woche bei der Vorstellung des Bildungsberichts 2015 angekündigt, dass Sie für die Flüchtlinge, die in steigender Zahl nach Baden-Württemberg kommen, diese Angebote ausbauen wollen. Wir werden genau hinschauen, ob die Mittel ausreichen; denn die Flüchtlingszahlen und damit auch der Bedarf sind ja enorm gestiegen. Aber selbst wenn es jetzt in Bezug auf die Flüchtlinge gelingt, den Bedarf zu decken, so gibt es – und da greift uns auch der entsprechende Antrag vonseiten der FDP/DVP zu kurz – auch eine Zuwanderung jenseits der steigenden Flüchtlingszahlen. Was die Zahl der Angebote in diesem Bereich betrifft, hat sich in der laufenden Legislaturperiode nicht das getan, was nötig wäre, um dem Bedarf vor Ort Rechnung zu tragen.

Vor allem aber gilt: Nach der Sprachförderung im Kindergartenalter und nach dem Unterricht in der deutschen Sprache vor Aufnahme in eine Regelklasse besteht auch weiter ein Förderbedarf an den Schulen im Fach Deutsch. Wir dürfen die Lehrerinnen und Lehrer mit diesem gewaltigen Thema nicht alleinlassen. An dieser Baustelle war allerdings über vier Jahre lang Fehlanzeige, was Impulse angeht.

Fazit: Sie sammeln Ankündigungen ein und bringen die Schule nicht voran. Auch bei diesem Thema zeigt sich: Schulpolitik kann man besser machen, als Sie es tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Kollegen Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wissen Sie, was „doppelte Halbsprachigkeit“ ist? Auch wenn Sie diesen Begriff nicht kennen, ist Ihnen das Phänomen sicher vertraut. Denn doppelte Halbsprachigkeit ist bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund alles andere als selten. Die davon betroffenen Kinder beherrschen die Sprache ihrer Herkunftsfamilie und die deutsche Sprache jeweils nur lückenhaft und fehlerhaft.

Lange Zeit wurde den entsprechenden Herkunftsfamilien empfohlen, sie mögen doch mit ihren Kindern zu Hause ausschließlich deutsch sprechen, und noch vor Kurzem wollte der CSU-Generalsekretär ihnen dies sogar vorschreiben. Objektiv ist eine solche Forderung – wenn ich mir dieses Sprachspiel erlauben darf – „be-scheuert“. Deren Umsetzung wäre sprachwissenschaftlich und hirngemäß gesehen der größtmögliche Unsinn. Denn ganz im Widerspruch zu einer schlichten Stammtischlogik wurde festgestellt, dass Kinder, die beispielsweise erst im Alter von zehn Jahren nach Deutschland eingewandert sind, die deutsche Sprache in der Regel schneller lernen und schulisch erfolgreicher sind als viele hier geborene Kinder.

Die Linguisten haben für dieses Phänomen eine plausible Erklärung: Jedes Kind kommt mit einem Talent zum Spracherwerb auf die Welt und bringt eine sogenannte Urgrammatik mit, die dann durch Lernen und Erfahrung zu einer vollständigen Sprachkompetenz heranreift. Wenn ein Kind eine Sprache grundsätzlich beherrscht, kann es auch weitere Sprachen sehr viel leichter erlernen, und wenn eine vielfältige, fordernde Umgebung vorhanden ist, entwickelt sich auch Mehrsprachigkeit auf hohem Niveau. Wenn die Umgebung eines Kindes aber keinen vollständigen Spracherfahrungsraum bietet, wird keine Sprache richtig gelernt, und wenn dann Eltern, deren Deutsch fehlerhaft ist, auch noch dazu aufgefordert werden, nur deutsch mit ihren Kindern zu reden, dann entsteht der größtmögliche Schaden: doppelte Halbsprachigkeit und damit drastisch verminderte Lebenschancen.

Muttersprachlicher Unterricht kann dazu beitragen, dass Lücken in der Urgrammatik eines Kindes geschlossen werden und somit in der Folge auch das Erlernen der deutschen Sprache erleichtert wird. Deshalb ist muttersprachlicher Unterricht auf jeden Fall besser als kein muttersprachlicher Unterricht – nicht nur, weil Mehrsprachigkeit ein Vorteil ist, sondern auch, weil muttersprachlicher Unterricht oft eine Voraussetzung dafür ist, dass überhaupt eine Sprachkompetenz entwickelt werden kann.

Perspektivisch ist allerdings das gegenwärtige Modell des muttersprachlichen Unterrichts, das sogenannte Konsulatsmodell, keine gute Lösung. Es basiert auf der Vorstellung, die in den Siebzigerjahren noch gegolten hat, es müsse darum gehen, die Rückkehrbereitschaft und Rückkehrkompetenz von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhalten. Das ist völlig überholt: Aus Ausländern und Ausländerinnen sind längst Einwanderer und Einwanderinnen, also Inländer und Inländerinnen, geworden, und es ist eine Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass die allermeisten Men-

(Thomas Poreski)

schen mit Migrationshintergrund auf Dauer hier leben und zu unserer Gesellschaft gehören.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der grün-rote Koalitionsvertrag liegt deshalb völlig richtig: Es kann nicht die Aufgabe ausländischer Konsulate bleiben, allein über die Inhalte und die Gestaltung eines muttersprachlichen Unterrichts zu bestimmen. Ein Verzicht auf eine inländische, also baden-württembergische Schulaufsicht ist hier auf Dauer ebenso wenig hinnehmbar wie etwa beim muslimischen Religionsunterricht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Nachhaltig sinnvoll wird muttersprachlicher Unterricht aber erst, wenn die darin tätigen Lehrerinnen und Lehrer nicht darauf reduziert werden, eine ausländische Kultur zu vermitteln, sondern wenn sie auch unser Land kennen und in der Lage sind, interkulturelle Verständigung zu ermöglichen und Kindern und Jugendlichen dabei zu helfen, ihren eigenen Weg in dieser Gesellschaft zu finden. Von Konsulaten aus den Herkunftsländern importierte Lehrkräfte sind darauf nicht vorbereitet. Wenn wir den muttersprachlichen Unterricht umstellen – dazu stehen wir –, dann wird das zusätzliche Geld kosten. Aber das ist nur dann gut angelegt, wenn wir es richtig machen.

Muttersprachliche Förderung muss möglichst frühzeitig und alltagsintegriert einsetzen, also am besten bereits in der Kita. Wir brauchen dazu qualifizierte, mehrsprachige Lehrkräfte mit interkultureller Kompetenz. Diese müssen wir ausbilden und gezielt qualifizieren; denn sie sind nicht einfach per Stellenanzeige zu rekrutieren. Für die Entwicklung und Umsetzung eines zeitgemäßen muttersprachlichen Unterrichts brauchen wir also einen gesellschaftlichen Verständigungsprozess, für den diese Landesregierung mit ihrem interkulturellen Dialog, mit ihrer Politik des Gehörtwerdens, mit ihrer aktiven Integrations- und Inklusionspolitik und übrigens auch mit einer Vervielfachung der Mittel in der Sprachförderung wichtige Grundlagen legt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Beschlussantrag der FDP/DVP und auch zu den Ausführungen des Kollegen Schebesta kann ich nur sagen: Den Deutschunterricht für Flüchtlinge und den muttersprachlichen Unterricht für Migrantinnen und Migranten gegeneinander auszuspielen ist ähnlich sinnvoll, wie die Luftreinhaltung und den Gewässerschutz gegeneinanderzustellen – nur weil beides irgendwie mit Umwelt zu tun hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Reden wir also nicht über durchsichtige Taktik, sondern über Inhalte.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Machen wir uns nichts vor. Die Wahl des heutigen Themas für eine Aktuelle Debatte zeigt im Wesentlichen die Hilflosigkeit der CDU auf. Man klammert sich offensichtlich an Scheingegensätzen bei der Regierungskoalition fest.

Ich war durchaus interessiert, was Sie, Kollege Schebesta, heute noch an inhaltlicher Substanz liefern wollten. Aber das war, ehrlich gesagt, mehr als schwach.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Gibt es jetzt die Aussage von Lede Abal oder nicht?)

Im Grunde gestehen Sie ein, dass Ihnen die großen Themen ausgehen. Während unser roter Faden, z. B. im Rahmen eines Zweisäulensystems, immer breiter an Akzeptanz gewinnt, kommt von Ihnen inhaltlich nichts – kein Konzept, kein inhaltlicher Vorschlag zum Reiben, nichts. Im Grunde bleiben Sie Ihrer Linie im bildungspolitischen Einmaleins treu: Null mal null ist null.

(Abg. Winfried Mack CDU zur SPD: Beifall? Kein Beifall! Was ist los?)

Zur Sache selbst: Der muttersprachliche Unterricht leistet in der Tat einen wichtigen Beitrag für die Integration von Kindern und Jugendlichen, hat eine identitätsstiftende Wirkung. Er stärkt die Persönlichkeit und das Selbstbewusstsein im Umfeld der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Dies betrifft Kinder und Jugendliche aus Ländern wie Italien, Türkei, Polen, Griechenland oder auch Kroatien.

Diese Bilingualität hat aber auch eine Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt. Denken wir z. B. an die starke Entwicklung der Türkei oder auch von Polen als Wirtschaftsnation. Hier gilt es meines Erachtens auch einen Kompetenzschatz weiter zu fördern, und dies wird auch weiterhin erfolgen. Derzeit nehmen 44 366 Schülerinnen und Schüler an solchen Kursen teil. Das Land unterstützt das Angebot mit rund 1 Million € jährlich. Dies geschieht auch deshalb, weil es durchaus auch positive Rückmeldungen zur Zusammenarbeit mit den Konsulaten gibt.

Ein finanzielles Mehr wäre wünschenswert. Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags hatten wir übrigens auch keinen Einblick in die von Ihnen hinterlassenen schwarzen Haushaltslöcher. Sie erinnern sich: Lehman Brothers der Bildungspolitik. Wir hatten auch keine Vorstellungen, welche anderen integrationspolitischen Herausforderungen bis zum Ende der Legislaturperiode auf uns zurollen. Ich rede hier beispielsweise auch von der Flüchtlingswelle. Rund 60 Millionen € würde die Übernahme des muttersprachlichen Unterrichts kosten. Für uns, die wir im Gegensatz zu Ihnen eine nachhaltige Finanzierung des Bildungsetats sichergestellt haben, ist dies viel Geld. Zum jetzigen Zeitpunkt bedeutet dies in der Tat eine Prioritätensetzung. Wie kommentierte Arnold Rieger in den „Stuttgarter Nachrichten“?:

Es ist gut, dass der Kultusminister hier Realitätssinn beweist ...

Dieser Realitätssinn besteht aktuell auch darin, dass das Kultusministerium erst am Montag wieder vermelden konnte, dass jährlich 21 Millionen € in die Sprachförderung für Kin-

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

dertagesstätten für Flüchtlinge investiert werden. Dieser Realitätssinn besteht weiter darin, dass rund 400 neue Lehrstellen für Vorbereitungsklassen an Grundschulen, weiterführenden und beruflichen Schulen geschaffen werden. Dieser Realitätssinn ist in der Tat eine notwendige Reaktion auf die erwartete Verdopplung der Flüchtlingszahlen in nur einem Jahr.

Wir danken der Landesregierung ausdrücklich für dieses entschiedene Investieren in die Zukunft, übrigens nicht nur in die Zukunft der Menschen, sondern auch in die Zukunft unseres Landes. Denn auch dies ist Teil einer Antwort auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel. Der aktuelle Bildungsbericht 2015 zeigt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund aufholen und immer häufiger höhere Bildungsabschlüsse erreichen und die Zahl der Abgänger ohne Abschlüsse weiter sinkt. Es gibt weiterhin eine erhebliche Diskrepanz zu deutschen Schülern, aber dieser Abstand verringert sich. Die Maßnahmen der Landesregierung unterstützen diesen Prozess. Ganztagschule, Gemeinschaftsschule, Ausweitung der Sprachförderung im Rahmen von SPATZ, Schulsozialarbeit, Abschaffung von Studiengebühren – all das sind Maßnahmen, die in diese Richtung gehen.

Kollege Schebesta, Ihre Ausführung kann ich auch vor dem Hintergrund nicht verstehen, dass wir mit dem Nachtragshaushalt gerade weitere 180 Stellen für die Grundschulen – dort für die Sprachförderung – bereitgestellt haben. Dies zeigt, dass die Landesregierung hier wirklich unterwegs ist und dass sie die großen Überschriften „Bildungsgerechtigkeit“ und „Sichere Zukunft für ein erfolgreiches Land“ sehr ernst nimmt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dies gilt eben für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Perspektivisch kann man durchaus über die Übernahme des muttersprachlichen Unterrichts reden, zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir dies aber zurückstellen. Dies sagen wir bewusst, aber durchaus auch selbstbewusst.

Ich erinnere daran: 2016 wird der Bildungsetat des Landes erstmals die 10-Milliarden-€-Grenze überschreiten. Dafür haben wir seitens der SPD hart gekämpft, und darauf sind wir auch zu Recht stolz.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kultusminister, nachdem die FDP/DVP und Sie in den vergangenen Jahren in Bildungsfragen ja nicht immer zu 100 % übereinstimmen, hoffe ich, dass meine heutige Rede Sie nicht völlig aus dem inneren Gleichgewicht bringen wird. Denn heute bekommen Sie Lob von der FDP/DVP-Landtagsfraktion.

Sie werden sich jetzt vielleicht fragen: Womit habe ich denn das verdient? Denn Sie haben bei einem allseits für gut befundenen bildungspolitischen Vorhaben, nämlich muttersprachlichen Unterricht auch regulär an den Schulen anzubieten, „Basta!“ gesagt. Mit solch einer Entscheidung macht man sich

eigentlich bei niemandem beliebt, weder beim Koalitionspartner noch bei der Opposition.

Herr Kultusminister, Sie bekommen heute unser Lob, weil Sie Mut hatten zu einer unbequemen, aber aus unserer Sicht richtigen Prioritätensetzung. Aus Sicht der Freien Demokraten hat die Integration der Flüchtlinge in der heutigen Situation Priorität. Wir Freien Demokraten halten es für erforderlich, dass junge Flüchtlinge so schnell wie möglich eine Schule besuchen, Deutsch lernen und sich auf einen späteren Beruf vorbereiten können. Wir hätten uns von Ihnen freilich schon früher einmal gewünscht, den Mut aufzubringen, schlicht auf die Menschen und ihre Bedürfnisse zu blicken und zu fragen: Was ist notwendig, und was ist machbar? Sie hätten sich lieber weniger der Frage widmen sollen, was die Grünen wollen.

Wenn die SPD mit nüchternem, unverstelltem Blick die Herausforderungen im Bildungswesen angegangen wäre und sich damit aus der dogmatischen grünen Umklammerung gelöst hätte, wäre uns im Bildungsbereich viel Unheil erspart geblieben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn Sie, Herr Kultusminister, jetzt finden, die oppositionelle FDP/DVP mache es Ihnen heute aber leicht, muss ich Ihnen aber doch etwas Wasser in den Wein schütten. Ihr Hinweis auf die Prioritätensetzung darf nämlich keine bloße Ausrede sein. Wir Freien Demokraten erwarten von Ihnen, dass Sie sich verpflichten, für jeden jungen Flüchtling ein passendes Schulangebot bereitzustellen. Unser Änderungsantrag gibt Ihnen die Gelegenheit, Ihre Glaubwürdigkeit heute zu beweisen.

Konkret beantragen wir,

- 1. die Vorbereitungsklassen mit Deutschunterricht an den allgemeinbildenden Schulen sowie berufsvorbereitende Klassen an den beruflichen Schulen zügig und bedarfsgerecht auszubauen, sodass für jeden Flüchtling bis zu einem Alter von 25 Jahren ein passendes schulisches Angebot bereitsteht;*
- 2. von einer Überführung des bislang durch die jeweiligen Herkunftsländer organisierten muttersprachlichen Unterrichts in regulären Unterricht an den baden-württembergischen Schulen abzusehen, bis der Ausbaustand bei den schulischen Angeboten für junge Flüchtlinge den Bedarf bzw. die Nachfrage deckt.*

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr guter Antrag!)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion bittet allseits um Zustimmung bzw. darum, über den eigenen Schatten zu springen, wem die Zustimmung noch schwerfällt. Die schulische Integration junger Flüchtlinge ist ein zu wichtiges gemeinsames Anliegen für Baden-Württemberg, als dass Parteien- oder Koalitionsstreit dem im Wege stehen sollte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat von Ludwig Wittgenstein beginnen, der einmal gesagt hat:

Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin sehr angetan davon, dass alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen der Ansicht sind – das wurde auch durch Ihre Redebeiträge sehr deutlich –, dass der Erwerb der Sprachkompetenz ein zentrales Schlüsselement für den Bildungserfolg eines jungen Menschen und damit auch für seinen gesellschaftlichen Erfolg ist.

Deswegen bringt es nichts, zu versuchen, das eine gegen das andere auszuspielen. Ich glaube, dass die Betrachtung nur dann richtig wird, wenn wir die beiden Elemente zusammenführen, und zwar im Sinne des Jugendlichen und im Sinne einer ganzheitlichen Bildung, auch im Sinne seiner Persönlichkeitsentwicklung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann daher das eine stimmen und trotzdem nicht im Widerspruch zum anderen stehen. Das eine, das ganz sicher stimmt, ist, dass für Menschen mit Migrationshintergrund, auch im Hinblick auf deren Integration in unsere Gesellschaft, gerade auch der Erwerb der eigenen Muttersprache von einer großen Bedeutung sein kann. Das steht nun mitnichten im Widerspruch zur Tatsache, dass der Sprachkompetenzerwerb in der deutschen Sprache natürlich eine ganz zentrale Voraussetzung für gelungene Integration und für Bildungserfolg in Deutschland ist.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der Erwerb guter Kompetenzen in der Muttersprache durchaus auch hilfreich sein kann und hilfreich ist, um eine andere Sprache zu erlernen. Sie ermöglicht es den Kindern, sich in der Sprache ihrer Eltern, Großeltern und Geschwister auszutauschen, und bringt sie auch in Kontakt mit ihrer eigenen Geschichte.

Kurz: Wir wissen heute, dass der Spracherwerb, auch der Muttersprache, für die Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen eine große, eine wichtige Rolle spielt. Verschiedene Studien – das haben wir auch in der Stellungnahme deutlich gemacht – zeigen, dass sich diejenigen Menschen auch besser in eine Gesellschaft integrieren, denen es gelingt, die verschiedenen Anteile dieser persönlichen Identität auf positive Weise miteinander zu verbinden und diese zu integrieren.

Deswegen besteht auch überhaupt kein Widerspruch zur Position der Fraktion GRÜNE oder zur Aussage von Daniel Andreas Lede Abal. Wir halten es durchaus für sinnvoll, auch muttersprachlichen Unterricht in das reguläre Schulangebot zu integrieren. Nichts anderes hat er gesagt. Er hat gesagt, es wäre langfristig wünschenswert, hier Schritte gehen zu können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle daran erinnern, wann und warum der muttersprachliche Unterricht, um den es hier geht, als Angebot entwickelt wurde. Es war naheliegend, dass dieser muttersprachliche Unterricht in Baden-Württemberg von den Auslandsvertretungen der jeweiligen Länder verantwortet wird. Diese Konstruktion stammt noch aus einer Zeit, als ein Begriff ganz wichtig war,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

nämlich der Begriff „Gastarbeiter“. Durch diesen muttersprachlichen Unterricht sollte die Möglichkeit aufrechterhalten werden, dass die Menschen in ihre Heimatländer zurückkehren.

Es wurde aber deutlich gemacht – Thomas Poreski hat es auch deutlich gesagt –, dass wir heute in einer anderen Situation leben. Menschen, die heute in erster, zweiter oder dritter Generation bei uns sind, werden mit großer Wahrscheinlichkeit auch hier ihr Leben verbringen, hier ihre Bildungslaufbahn durchlaufen und anschließend hier einen Beruf ergreifen. Deswegen hat natürlich auch die Rolle dieses muttersprachlichen Unterrichts eine Veränderung erfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie reagieren wir auf diese veränderten Herausforderungen? Die Landesregierung setzt sich vor diesem Hintergrund prioritär dafür ein, dass wir im Bereich der deutschen Sprache so früh wie möglich mit der Sprachförderung ansetzen. Dafür nimmt diese Landesregierung auch sehr viel Geld in die Hand. Dies ist aus Sicht der Landesregierung eine prioritäre Aufgabe.

Dieser Tage habe ich dies auch im Zusammenhang mit der Vorstellung des Bildungsberichts deutlich gemacht. Schon im frühkindlichen Bereich haben wir beispielsweise das Sprachförderprogramm SPATZ deutlich verbessert. Wir haben die Gruppengrößen deutlich abgesenkt. Dadurch ermöglichen wir eine noch intensivere Betreuung, eine noch intensivere Sprachförderung für Kinder. Das Fördervolumen wurde zum aktuellen Kindergartenjahr um weitere 4 Millionen € auf rund 21 Millionen € aufgestockt. Eine weitere Aufstockung im nächsten Jahr um 2,5 Millionen € ist vorgesehen. Ich glaube, das macht deutlich, dass wir bei dem für Kinder wichtigen Sprachkompetenzerwerb in Baden-Württemberg früh ansetzen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Für die Betreuung und Förderung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien stehen weiterhin jeweils 1,2 Millionen € zusätzlich zur Verfügung. Im Nachtragshaushalt haben wir im Hinblick auf die gestiegenen Flüchtlingszahlen hier nochmals eine Anpassung vorgenommen. Auch im weiterführenden Bereich haben wir viel Geld und Ressourcen bereitgestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Schebesta, das Bild, das Sie hier gezeichnet haben, trifft doch nicht die Realität. Schon für das vergangene Schuljahr haben wir 200 Stellen zusätzlich geschaffen, als im letzten Frühsommer deutlich wurde, wie stark die Flüchtlingszahlen ansteigen.

Wir haben auch im laufenden Jahr überall dort, wo es notwendig war, Vorbereitungsklassen und an den beruflichen Schulen die VABO-Klassen einzurichten, umgehend reagiert. Das wurde von den Lehrkräften an den Schulen hervorragend umgesetzt. Die Schulleitungen und die Lehrkräfte haben hier tolle pädagogische und organisatorische Arbeit geleistet, um den Schülern ein Angebot machen zu können.

Im Nachtragshaushalt haben wir für das kommende Schuljahr nicht nur diese Stellen verstetigt, sondern das Angebot nochmals deutlich ausgeweitet, sodass wir zum kommenden Schuljahr für diesen Bereich gut 400 zusätzliche Deputate haben werden.

(Minister Andreas Stoch)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als dieser Tage die neuen Flüchtlingszahlen und auch die Tatsache auf den Tisch kamen, dass der Anteil von schulpflichtigen Kindern höher ist, als wir ursprünglich angenommen hatten, haben wir natürlich reagiert. Wir sind derzeit dabei, zu prüfen, inwieweit dies auch für das kommende Schuljahr in der laufenden Lehrereinstellung noch berücksichtigt werden muss.

Wir können zusagen: Jeder junge Mensch, der nach Baden-Württemberg kommt und Sprachförderbedarf hat, bekommt diese Sprachförderung an den allgemeinbildenden Schulen bzw. an den beruflichen Schulen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg eine Vorbildwirkung für die Integration von jungen Menschen aus aller Welt entfaltet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Erwerb der deutschen Sprache ist nicht nur entscheidend für eine gelingende Integration, sondern ist auch eng mit der Frage nach der Bildungsgerechtigkeit verbunden. Wir möchten, dass alle jungen Menschen ihren Potenzialen gemäß gefördert werden und in unserem Land den für sie bestmöglichen Bildungsabschluss erreichen. Wir möchten, dass der Bildungserfolg der Kinder eben nicht von Faktoren beeinflusst wird, die nichts mit ihrer Begabung oder Leistungsfähigkeit zu tun haben.

Wie Kollege Fulst-Blei angesprochen hat, haben wir mit dem Ausbau der Ganztagschulen und mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen bereits sehr viel getan, um herkunftsbedingte Benachteiligungen von Kindern zu verringern oder möglichst zu eliminieren.

Damit nehmen wir den Verfassungsauftrag unserer Landesverfassung ernst. Dort steht nämlich ausdrücklich, dass ein Kind Anspruch auf eine Bildung hat, die von seiner Begabung abhängt und nicht von seiner wirtschaftlichen Lage oder seiner sozialen Herkunft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen sind für mich im Sinne einer Priorisierung Deutschkenntnisse und die Vermittlung dieser Kenntnisse an Kinder eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Bildungsbiografie. Dies steht nicht im Widerspruch dazu, dass auch der muttersprachliche Unterricht wichtig ist und dass wir langfristig natürlich auch den Anspruch aufrechterhalten müssen, diesen muttersprachlichen Unterricht an die heutigen Gegebenheiten anzupassen.

Wenn wir – das haben wir in der Stellungnahme zum Antrag auch deutlich gemacht – derzeit das Konsulatsmodell fortführen wollen und dieses auch mit über 1 Million € pro Jahr unterstützen, dann machen wir damit deutlich, dass wir diesen Teil des Bildungsauftrags eines Landes ebenfalls für wichtig halten.

Für die Zukunft sehen wir hier aber natürlich noch deutliche Herausforderungen. Es würde mich sehr freuen, wenn uns alle Fraktionen hier im Landtag sowohl im Bereich der Flüchtlingsarbeit, der Sprachförderung für Menschen, die zu uns kommen, als auch bei der Frage des muttersprachlichen Unterrichts an unseren Schulen unterstützen würden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Gehen Sie noch auf den Antrag ein? Kein Wort zum Antrag!)

– Ich habe dazu doch etwas gesagt.

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Bei der Bedeutung von Sprachförderung und der Rolle, die muttersprachlicher Unterricht im Hinblick auf Sprachkompetenzerwerb spielt, verstehe ich nicht, dass in der sachlichen Auseinandersetzung darüber der Vorwurf erhoben wird, man spiele das eine gegen das andere aus. Denn natürlich müssen wir uns darüber unterhalten, welche Rolle muttersprachlicher Unterricht und der Sprachkompetenzerwerb, auch in der Muttersprache, für das Erlernen von Deutsch als Sprache des Aufenthaltslands spielten.

Da verstehe ich nicht, dass gesagt wird, das eine werde gegen das andere ausgespielt. Die Aussage, dass man eine Ankündigung des Koalitionsvertrags nicht aufrechterhält, weil man mit diesem Geld anderes finanzieren wolle, kam doch nicht von uns. Das ist eine Ankündigung der Landesregierung. Da spielen nicht wir das eine gegen das andere aus, sondern von Ihnen wird eine Rangfolge formuliert.

Herr Minister, Sie haben gesagt, was Sie getan haben und was Sie im Nachtragshaushalt für das laufende Schuljahr und für das nächste Schuljahr tun. Sie hecheln in dieser Frage doch dem Bedarf hinterher, weil Sie bereits zu Beginn des Steigens der Flüchtlingszahlen einen Nachholbedarf bei der Sprachförderung für Kinder und Jugendliche, die später als im frühen Kindesalter nach Deutschland kommen, hatten. Wenn Sie an den Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern sprechen, dann sagen diese vor dem laufenden Schuljahr: „Wir brauchen mehr Angebote“, dann sagen sie in diesem laufenden Schuljahr: „Wir brauchen mehr Angebote“, und sie werden auch im nächsten Schuljahr sagen: „Wir brauchen mehr Angebote.“ Sie hecheln da dem Bedarf vor Ort hinterher und werden ihm nicht gerecht.

Zu der „Baustelle“, der Frage, wie wir den Lehrerinnen und Lehrern nach diesen Angeboten im Regelunterricht helfen, hört man gar nichts. Ich glaube, dass eine der großen Baustellen in der Bildungspolitik in den nächsten Jahren die Frage sein wird, wie wir mit den Schülerinnen und Schülern an den Schulen umgehen, die auch noch in der Schule einen Sprachförderbedarf haben und die die Mathematikaufgaben nicht deshalb nicht verstehen, weil sie in Mathematik Schwierigkeiten hätten, sondern schlicht und ergreifend deshalb, weil sie das Deutsch des Lehrers nicht nachvollziehen können. Das bleibt eine Aufgabe.

Herr Minister, Sie haben jetzt gesagt, wegen dieser herkunftsbedingten Nachteile schafften Sie die Gemeinschaftsschule. Das bringt den Lehrerinnen und Lehrern an den anderen Schularten eben überhaupt nichts. Da müsste mehr passieren. Da haben Sie nicht im Blick, und da sollte dringend etwas getan werden. Sie werden dem nicht gerecht.

Herr Kollege Fulst-Blei, ich verstehe schon, dass Sie versuchen, das Thema herunterzufahren und zu sagen, das sei ein Randthema. Ich habe gerade beschrieben, dass ich es nicht für

(Volker Schebesta)

ein Randthema halte, wie wir mit der Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen umgehen, welchen Anteil daran muttersprachlicher Unterricht hat und was für Aufgaben es dazu gibt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich habe nicht gesagt: „Das ist ein Randthema“! Ich habe gesagt: Ihr Verhalten ist faktisch durchschaubar!)

Es wäre Ihnen aber vor allem deshalb recht, wenn das Ganze unter „ferner liefen“ laufen würde, weil Ihnen an dieser Stelle nachgewiesen wird, dass Sie während Ihrer Oppositionszeit große Töne gespuckt und gesagt haben, wie toll das alles funktionieren werde, wenn Sie an der Regierung seien,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was wir geliefert haben, davon könnt ihr euch eine Scheibe abschneiden! Was soll das denn jetzt?)

aber den ganzen Ankündigungen überhaupt nicht gerecht werden

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ach! So ein Quatsch!)

und diesen Punkt im Koalitionsvertrag auf einfachem Weg einsammeln.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Poreski, was doppelte Halbsprachigkeit angeht, bin ich völlig Ihrer Meinung. Aber Sie haben das allein auf diese sehr fachliche Ebene gezogen. Das verstehe ich aus grüner Sicht, weil Sie eben völlig unzufrieden damit sind, was bei dieser Koalition im Ergebnis herauskommt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Woher wollen Sie das wissen?)

Mit dem, was bei diesem Anliegen des Koalitionsvertrags herauskommt, sind Sie nicht zufrieden.

Der Ankündigung des Kollegen Lede Abal nach müssten Sie ja dem vorliegenden Änderungsantrag zustimmen, weil er genau das beinhaltet,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie sehen das alles ganz falsch!)

dass man da nämlich keinen Schlusstrich zieht, sondern zunächst einmal die Priorität so setzt, wie Sie das auch selbst formulieren. – Sie haben jetzt den Kopf geschüttelt. Sonst hat man zum Antrag noch nichts gehört. Dann sind Sie auch in diesem Punkt zu kurz gesprungen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Kollege Poreski, zwei Sekunden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da kann man viel sagen! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Kollege Schebesta, es ist intellektuell nicht ganz sauber, wenn Sie jetzt bei einem Antrag, der mit dem Thema „Muttersprachlicher Unterricht“ faktisch nichts zu tun hat

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Was? Gerade faktisch!)

und der vor allem mit der Förderung des muttersprachlichen Unterrichts nichts zu tun hat, versuchen, die zwei Inhalte miteinander zu vermischen. Auch wenn Sie verbal zum Ausdruck bringen, Sie würden mir zustimmen, ist es Ihnen offensichtlich nicht gelungen, das Thema zu durchdringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kultusminister, nicht mit einem einzigen Wort sind Sie auf den Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion eingegangen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Was wollen Sie eigentlich noch? Jetzt haben wir hier einen konkreten Vorschlag gemacht, der Ihnen sogar entgegenkommt, und der Kultusminister schweigt. Zu einer ganz entscheidenden Frage unserer Gesellschaft im Bildungsbereich in Baden-Württemberg schweigt der Kultusminister; kein Wort dazu. Das finde ich enttäuschend. Aber Sie können dem Antrag bei der Abstimmung ja zustimmen. Da kann auch die Koalition zeigen, wie ernst sie es mit dem Thema wirklich meint.

Wir sind Ihnen entgegengekommen. Jetzt zeigen Sie doch einmal, dass Sie über Ihren Schatten springen können.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/6737 (Geänderte Fassung). Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6964, vor, der mit der Einfügung eines neuen Abschnitts II die Landesregierung ersuchen möchte, ein passendes schulisches Angebot für Flüchtlinge bereitzustellen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Änderungsantrag mit den Ziffern 1 und 2 insgesamt zur Abstimmung stelle? – Dies ist der Fall.

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 15/6964 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun noch zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des ursprünglichen Berichtsanstrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6737 (Geänderte Fassung), der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

(Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege – Drucksache 15/6886 (Ergänzte Fassung)

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg hat eine beeindruckende Vielfalt an reizvollen und wunderschönen Landschaften. Unsere Natur ist wertvoller Lebensraum – nicht nur für uns Menschen, sondern auch für zahlreiche Tiere und Pflanzen.

Die Vielfalt der Natur ist unsere Lebensversicherung, die wir erhalten müssen. Sie ist vor allem aber auch eines: Herzstück unserer Heimat. Ich denke an die Magerrasen, die für den Kaiserstuhl charakteristisch sind, an die typischen Riedwiesen am Bodensee, an die Weidfelder, die die Landschaft des Schwarzwalds prägen, oder an unsere Streuobstlandschaften.

So hat jeder ein Stück Natur, das sie oder er mit Heimat verbindet, das ein Stück weit Lebensgefühl ausdrückt, Lebensgefühl ausmacht. Das können die charakteristischen Sanddünen Nordbadens mit ihrer einmaligen Tier- und Pflanzenwelt sein, die blütenreichen Magerrasen im Kraichgau, die Stromtalwiesen am Rhein, die Wacholderheiden mit dem einzigartigen Orchideenreichtum auf der Schwäbischen Alb oder die Magerrasenlandschaften mit den typischen Steinriegeln im Jagst- oder Taubertal.

Manche Lebensräume haben über ihre Bedeutung für die biologische Vielfalt hinaus auch eine Bedeutung für den Klimaschutz, z. B. die Moore auf der Baar, die letzten Niedermoorreste in der Freiburger Bucht oder die Moore im Südwürttembergischen, die es nach wie vor in erfreulich hoher Zahl gibt. Ich will hier als Beispiel nur das Wurzacher Ried nennen.

Moore speichern große Mengen an CO₂. Insofern trägt Naturschutz hier aktiv dazu bei, Natur zu erhalten, uns zu erhalten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in Baden-Württemberg sind trotz vieler Erfolge im Naturschutz viele Lebensräume weiterhin in Gefahr. Die Bestände zahlreicher Tier- und Pflanzenarten sind weiterhin rückläufig. Arten wie die Feldlerche, der Feldhamster, das Rebhuhn, die früher allgegenwärtig waren,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

sind heute gefährdet oder gar vom Aussterben bedroht. Diesen Trend umzukehren ist eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft. Dieser Herausforderung müssen wir uns auch in der Landespolitik stellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Gemeinsam mit Verbänden und Institutionen, die eine wichtige Arbeit leisten und sich mit viel Herzblut ehrenamtlich engagieren, die Naturschutz vor Ort machen, haben wir, die Politik, hier eine große Verantwortung. Wir, die Landesregierung, kommen dieser Verantwortung nach – mit einer Reihe von Aktivitäten im Naturschutz, auch mit der neuen Natur-

schutzstrategie, die wir im Jahr 2013 beschlossen haben, und mit vielen Aktivitäten, die bereits auf dem Weg sind.

Heute ist ein weiterer guter Tag für den Naturschutz im Land. Mit der Novelle des Naturschutzgesetzes Baden-Württemberg erhält das Land ein modernes Naturschutzrecht, ein Naturschutzrecht, das sich auch bundesweit sehen lassen kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Da, wo uns Europarecht und Bundesrecht einen Spielraum überlassen, da, wo wir, das Land, Akzente im Naturschutz und in der Landschaftspflege setzen können, wollen wir das auch nutzen. Wir wollen mit der Novelle bewährte landesrechtliche Standards erhalten und das Naturschutzrecht zugleich landesspezifisch, zeitgemäß und bürgernah ausgestalten. Das gelingt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf.

Grün-Rot hält Wort; denn mit diesem Gesetzentwurf werden nicht nur naturschutzpolitische Zielsetzungen des Koalitionsvertrags umgesetzt; auch die Ziele der Naturschutzstrategie werden weiter untermauert und gestärkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Mit der Novelle haben wir das landesweite Moorschutzkonzept erstmals gesetzlich verankert. Ich hatte es schon angedeutet: Moore haben nicht nur für die Artenvielfalt eine Bedeutung. Sie haben eine Vielzahl positiver Auswirkungen. Gerade im Zusammenhang mit unseren klimapolitischen Zielen sind sie von enormer Bedeutung.

Wir haben ebenfalls angekündigt, die Landschaftserhaltungsverbände als ein Instrument des kooperativen Naturschutzes auszubauen. Wir haben hier in den letzten Jahren sehr erfolgreiche Neugründungsinitiativen in den Landkreisen gesehen. Mittlerweile gibt es 30 Landschaftserhaltungsverbände. Das bedeutet eine beinahe flächendeckende Präsenz. Im Gesetz werden nun auch die Landschaftserhaltungsverbände gesetzlich verankert und damit weiter gestärkt.

Wichtig ist uns auch die Arbeit der Naturparke. Die Naturparke sind ein richtiges Erfolgsmodell für sanften Tourismus in Baden-Württemberg, ein Erfolgsmodell für „Schützen durch Nützen“ sowie ein Erfolgsmodell für nachhaltige regionale Entwicklung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nachhaltig finanzieren!)

Wir haben vielfältige Wünsche aus den Regionen, die Naturparke auch entsprechend auszuweiten. Das machen wir im Gesetzentwurf jetzt mit der Erhaltung der Standards im Land möglich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch eine moderate und notwendige Stärkung der Mitwirkungsrechte der anerkannten Naturschutzvereine stärkt den Naturschutz in Baden-Württemberg. Wir wollen bei den Behördenentscheidungen den Sachverstand der Verbände gewinnbringend nutzen. Wo die Beteiligung notwendig ist, haben wir mit einer ausgewogenen und sinnvollen Regelung Möglichkeiten gefunden.

Ein Punkt, der mir persönlich am Herzen liegt: Wir nutzen die Möglichkeiten, die wir, das Land, haben, dem Willen der Ver-

(Minister Alexander Bonde)

braucherinnen und Verbraucher nachzukommen, dass Baden-Württemberg frei von gentechnisch veränderten Organismen auf den Äckern und auf den Tellern bleibt, auch mit diesem Gesetz.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Die Möglichkeiten, die das Land, hat, schöpfen wir mit diesem Gesetz vollumfänglich aus. Wir wollen hier naturschutzfachlich besonders hochwertige Schutzgebiete vor dem Eintrag von gentechnisch veränderten Organismen schützen. Mit der Gesetzesnovelle schaffen wir für Naturschutzgebiete, den Nationalpark, Kern- und Pflegezonen der Biosphärengebiete sowie flächendeckende Naturdenkmale ein Schutzsystem gegen mögliche Gefahren im Zusammenhang mit dem Anbau von Agrogentechnik, und wir schaffen einen Schutzgürtel innerhalb eines Umgriffs von 3 km um diese Gebiete. Das bedeutet, wir handeln hier für die Natur, für die Menschen und gegen die Gentechnik. Auch hier, glaube ich, ist dieses Gesetz ein wichtiger Schritt für uns.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Durch das neue Gesetz wollen wir die dauerhafte Sicherung der biologischen Vielfalt auch im Biotopverbund in Baden-Württemberg weiter stärken. Zudem werden mit der Novellierung erstmals auch Alleen an öffentlichen Verkehrswegen gesetzlich unter Schutz gestellt. Bei den naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen wird der Suchraum für Ersatzmaßnahmen auf das Gemeindegebiet und den nächstgelegenen benachbarten Naturraum erweitert. Das heißt, wir erleichtern auch den Vorhabenträgern die Suche nach geeigneten Standorten für Ersatzmaßnahmen.

Die Gesetzesnovellierung wurde aber nicht nur für Neuregelungen, sondern auch – wo es möglich war – zur Deregulierung und zur Entlastung der Verwaltung genutzt. Wir führen durch die erstmalige Einführung des optional ausgestalteten, elektronisch unterstützten Verfahrens zur Auslegung und Ersatzverkündung der Schutzgebietskarten auch eine Verwaltungsvereinfachung sowie eine Steigerung der Kosteneffizienz und der Transparenz für die Menschen durch. Ich glaube, da zeigt sich auch, dass die Bedürfnisse, der modernen Informationsgesellschaft Rechnung zu tragen, gleichzeitig eine Verwaltungsvereinfachung bedeuten können, die uns im Naturschutz voranbringt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange ging eine große Zahl von Stellungnahmen zum Gesetzentwurf ein.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das stimmt!)

Wir haben die erhaltenen Rückmeldungen geprüft; eine Reihe von Punkten, auch Anregungen, wurden im Regierungsentwurf aufgegriffen.

Wir, die Landesregierung, sind davon überzeugt: Die Novellierung des Naturschutzgesetzes in Baden-Württemberg war notwendig. Wir legen jetzt einen guten Entwurf vor, der dem Ausgleich aller – zum Teil auch gegensätzlicher – Interessen am besten Rechnung trägt. Ihnen, dem Landtag von Baden-

Württemberg, liegt dieser Gesetzentwurf nun vor. Sie werden ihn in den Ausschüssen beraten und diskutieren. Ich wünsche mir, dass wir möglichst bald mit einem neuen Naturschutzgesetz unsere wichtige Arbeit für die Natur in Baden-Württemberg voranbringen. Prüfen Sie den Gesetzentwurf. Er bringt Baden-Württemberg weiter. Er hilft Mensch und Natur.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über den Gesetzentwurf hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bonde, Sie haben gerade gesagt, die Novelle des Landesnaturschutzgesetzes sei notwendig gewesen. Ich kann Ihnen zur Erweiterung sagen: Sie war Pflicht. Es ist nämlich Aufgabe der Länder, das anzupassen, was vom Bund gefordert ist.

Ich möchte im Rahmen dieser Gesetzeseinbringung vor der Klammer etwas sagen: Sie bringen heute den Entwurf dieses Gesetzes zur Neuordnung des Naturschutzrechts ein. Dazu – das haben Sie gerade erwähnt – fand im Vorfeld die Anhörung der Träger öffentlicher Belange, der Verbände und Vereinigungen statt, die am 10. März abgeschlossen wurde. Naturgemäß spiegeln die Stellungnahmen eine sehr große Bandbreite wider: Für die Naturschutzverbände geschieht viel zu wenig, ist das Vorhaben nicht weitgehend genug, und für die Verbände mit wirtschaftlichem Hintergrund ist es natürlich viel zu weitgehend. Fakt ist natürlich: Baden-Württemberg hat bereits einen hohen Standard im Naturschutzrecht gehabt. Dazu hat es auch keiner grün-roten Regierung bedurft.

Aber lassen Sie mich noch eines sagen: Die Geschwindigkeit, mit der Sie diesen Gesetzentwurf jetzt einbringen, und die Tatsache – das finde ich bemerkenswert –, dass Sie uns die Anhörungsergebnisse erst auf Nachfrage im Verlauf der letzten Woche zur Verfügung gestellt haben, lässt schon tief blicken. Was Sie damit erreichen wollen, weiß ich nicht, aber allein dieses Vorgehen lässt tief blicken. Ich glaube, man braucht es auch nicht weiter zu kommentieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

In einigen Punkten sind Sie in der Tat den Anregungen der Verbände gefolgt, z. B. bei den Biotopverbänden; hier haben Sie die Regelung tatsächlich so gestaltet, dass sie von den in der Praxis Handelnden auch umsetzbar ist. Ich weiß auch aus internen Gesprächen, dass sich die Kollegen von der SPD hier massiv auf die Hinterbeine gestellt haben, um das auch zu erreichen. An dieser Stelle vielleicht auch einmal ein Applaus für eine pragmatische Ausgestaltung eines Teils dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das war Grün-Rot und nicht Rot!)

(Dr. Patrick Rapp)

An anderer Stelle ignorieren Sie, Herr Minister Bonde, jedoch die kritischen Anmerkungen und die berechtigten Einwände von Verbänden auf die für Sie typische Art und Weise. Ich erwähne einmal die Mitwirkungsrechte, die Sie gerade gelobt haben, die in den Verfahren, in den Abläufen wesentlich erweitert wurden. Sie greifen damit aber auch in bereits sehr gut funktionierende Strukturen ein, in ein gegenseitiges Sich-Verstehen auf der praktischen Umsetzungsebene, in Abläufe, die sich sehr gut eingespielt haben. Sie verkomplizieren das miteinander vorab vor Ort, Sie erschweren damit auch Abläufe,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber die Abläufe bleiben doch gleich!)

Sie ziehen Verfahren damit auch in die Länge. Ob Sie damit der Arbeit der Naturschützer vor Ort und dem Naturschutz insgesamt Gutes tun, darf man, glaube ich, sehr wohl hinterfragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Von den kommunalen Landesverbänden kommt der Hinweis, dass mit dieser Aufweitung und entsprechenden Erweiterung der Verfahren die Abläufe nicht einfacher werden, dass es einen zusätzlichen personellen, aber auch einen zusätzlichen finanziellen Aufwand auf der Ebene der Landkreise gibt. Dieser wird mit ungefähr 2 Millionen € für Baden-Württemberg beziffert. Herr Bonde, auch wenn es haushaltstechnisch auf einer anderen Ebene läuft: Nachhaltige Haushaltspolitik sieht anders aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann muss man auch sagen: Hinsichtlich der Ausweisung von Schutzgebieten wäre es natürlich sinnvoll, die Praxis der Regelung über die Sammelverordnungen anzuwenden und eben nicht – das fordert die EU bei entsprechenden Richtlinien in Bezug auf Natura 2000 und FFH auch nicht – zu Handlungsverboten überzugehen und entsprechend direkte Eingriffsregelungen zu treffen. Die EU hat einen anderen Rahmen gesetzt. Ich glaube, auch hier bedarf es der Nachbesserung.

(Minister Alexander Bonde: Des Nachlesens bedarf es! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Falsch verstanden!)

Zum dritten Punkt möchte ich Ihnen eines sagen: Es fällt nach unserer Auffassung auf – so es in der Kürze der Zeit überhaupt möglich war, den jetzt angepassten Entwurf zu bearbeiten –, dass Sie an manchen Stellen etwas überziehen, etwas über das Ziel hinausschießen.

Deswegen möchte ich Sie noch mit einer kleinen Geschichte über die Folgen eines derartigen Verhaltens konfrontieren. Vor einigen Jahren hat man im südlichen Schwarzwald auf einem bewirtschafteten Gelände mit Hecken und Wiesen, die entsprechend zurückgeschnitten bzw. gemäht wurden, eine kleinere Population Alpenspitzmäuse entdeckt.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Als sofortige Reaktion wurde dann die Nutzung eingestellt, was aber dazu führte, dass sich die Habitate, die Lebensräume verändert haben, Sukzession gegriffen hat. Entsprechend

war am Schluss die Nahrungsgrundlage für die Alpenspitzmäuse nicht mehr vorhanden, was dazu geführt hat, dass diese Tierart an dieser Stelle wieder ausgestorben ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gut gemeint, falsch gemacht!)

Jetzt möchte ich Ihnen eines sagen: Nehmen Sie diese Geschichte zum Anlass, bis zur nächsten Woche darüber nachzudenken – nehmen Sie vielleicht ein Gläsle Wein vom Kollegen Pix zur Hand –,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

was dies bedeuten kann, anstatt hier die gesetzgeberische Rennmaus zu spielen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rösler.

(Zurufe)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werde Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein Feiertag; aus meiner Sicht ist heute sogar ein musikalischer Feiertag.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Nationalfeiertag! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Musikland Baden-Württemberg!)

Denn wir feiern einen Dreiklang: Naturschutzfinanzen, Naturschutzstrategie, Naturschutzgesetz. Das alles gehört zusammen, und das alles haben wir auf den Weg gebracht.

Der erste Ton stammt schon aus dem Jahr 2011. Gleich nach dem Regierungsantritt haben wir abgesichert, dass die Naturschutzfinanzen um 30 Millionen € erhöht wurden. Damit haben wir ein zentrales Wahlkampfversprechen konsequent eingehalten.

Zweiter Ton: Wir haben zwei Jahre später, 2013, eine innovative, bundesweit vorbildliche Naturschutzstrategie formuliert, die weit über das hinausging, was die Vorgängerregierung formuliert hatte. Damit haben wir die Grundlage für ein modernes Land, auch für ein modernes Natur- und Kulturlandschaftsland Baden-Württemberg gelegt.

Der dritte Ton im Dreiklang erklingt heute: Wir legen ein modernes, zeitgemäßes Naturschutzgesetz vor.

Naturschutzfinanzen, Naturschutzstrategie, Naturschutzgesetz – das ist ein grün-roter Dreiklang, der sehr, sehr gut zu Baden-Württemberg passt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Schritt für Schritt stellen wir dadurch die Bewahrung der Schöpfung – der begeisternde Kirchentag hat gerade erst geendet – bzw. die Verantwortung für unser Naturerbe in das Zentrum der Politik. Das ist grün, konservativ und modern zugleich.

(Dr. Markus Rösler)

Fünf konkrete Beispiele:

Wir sichern erstens die Landschaftserhaltungsverbände – Minister Bonde hat bereits darauf hingewiesen – gesetzlich ab: Anstelle von sechs Landschaftserhaltungsverbänden unter CDU und FDP/DVP gibt es heute 30. Wir haben die Finanzmittel verdoppelt, die Anzahl der LEVs verfünffacht, und das in vier Jahren. Jetzt sichern wir dies auch gesetzlich. Das ist ein wichtiger Schritt, der, glaube ich, auch parteiübergreifend befürwortet wird.

Zweitens: Wir schützen endlich die Alleen und die unzerschnittenen Räume des Landes. Das ist ein Beitrag zugunsten von Landschaftsbild, Erholung und Tourismus, der im Gesetz bisher gefehlt hat.

Drittens: Wir stärken den Biotopverbund. Damit setzen wir sowohl die Vorgaben des Bundes als auch unsere eigene Naturschutzstrategie um. Kollege Rapp, ich will schon darauf hinweisen: Ein innovatives Element der grün-roten Naturschutzstrategie ist, dass wir das Thema Rohstoffabbau im Naturschutzgesetz haben, dass wir nun auch in der Gesetzesbegründung formulieren, dass naturschutzfachlich hochwertige Abbaustandorte in den Biotopverbund integriert werden können und sollen. Das ist eine gemeinsame Linie von Grün-Rot, die wir hier verfolgen.

Dies hat übrigens bei Schwarz-Gelb gefehlt. Sie sind in 58 Regierungsjahren nicht auf die Idee gekommen, Wirtschaft und Naturschutz – weder im Gesetz noch in einer Strategie – miteinander zu verknüpfen. Ausgerechnet Sie! Jetzt formulieren wir, Grün-Rot, dies in der Strategie und setzen das im Gesetz um. Es musste also zuerst eine grün-rote Regierung geben, um Ökonomie und Ökologie miteinander zu verbinden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Viertens: Wir stärken die Beteiligungsrechte der Naturschutzverbände. Angst ist ein schlechter Ratgeber, Herr Rapp; das muss ich schon sagen. Wer Angst davor hat, dass sich gemeinnützige Verbände dieses Landes in die Entwicklung unseres Landes einbringen, der hat schlechte Ratgeber. Wir, Grün-Rot, stehen für mehr Beteiligung, für mehr Engagement, für mehr Ehrenamt, für mehr Gehörtwerden, für mehr Demokratie.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Abg. Paul Locherer CDU: Mehr Bürokratie!)

Das ist ein Kern dessen, warum wir hier die Mitwirkungsrechte und die Beteiligungsrechte der Verbände stärken.

Übrigens, Kolleginnen und Kollegen von der CDU und insbesondere Kollege Rapp: Wer A sagt, also die Bedeutung des Ehrenamts in die Landesverfassung hineinschreiben möchte, der sollte auch B sagen und das Ehrenamt wahrhaft stärken – nichts anderes sind die Mitwirkungsrechte der Naturschutzverbände.

(Abg. Paul Locherer CDU: Ihr verweigert diese Verfassungsänderung bis zum heutigen Tag!)

Die Verfassung – das unterstützen wir durchaus – ist die Theorie für Sonntagsreden, das andere ist die Praxis für die ganze Woche, und das führen wir jetzt ein. Stimmen Sie also dem Naturschutzgesetz zu, wenn Sie nicht auf dem Niveau von

Sonntagsreden stehen bleiben wollen. Helfen Sie mit, die im Land ehrenamtlich tätigen Menschen, die sich für unser Naturerbe, für unsere Schöpfung einsetzen, zu motivieren.

Last, but not least, fünfter Punkt: Wir legen gesetzlich fest – der Minister hat es erwähnt; das ist sicherlich ein besonderer Punkt –, dass gentechnisch veränderte Organismen im Umfeld von 3 000 m um qualifizierte Schutzgebiete nichts zu suchen haben. Wir verbinden hier wissenschaftliche Erkenntnisse – z. B. zum Radius des Bienenflugs – mit den Interessen von über 80 % der Bevölkerung in unserem Land. Das ist etwas, was der Bevölkerung dient und was auch den Interessen des Landes dient. Weder wir noch die Bevölkerung wollen gentechnisch veränderte Organismen auf den Äckern in unserem Land oder auf unseren Tellern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unter CDU und FDP/DVP hatte der Naturschutz die Rolle des ungeküssten Frosches.

(Heiterkeit des Abg. Paul Locherer CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt wird der Frosch geküsst!)

Ich kann mir vorstellen, dass Sie ungern Grüne küssen. Deswegen hat jetzt Grün-Rot den Frosch geküsst. Der Naturschutz ist ein Prinz, auf den wir alle stolz sein dürfen. Zwischen Rot und Grün hat es eben geknistert. Jetzt haben wir mit dem Naturschutzgesetz, mit der Naturschutzstrategie, mit den Naturschutzfinanzen viele glückliche Naturschutzkinder im Land. Wir haben einen Nationalpark, wir haben Landschaftserhaltungsverbände, wir haben Biosphärenreservate. Kollege Locherer, unter Grün breitet sich hier im Land sogar der Schwarzstorch immer mehr aus. Wir setzen uns hier im Land also auch für gefährdete Minderheiten ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Rolland.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kommt der Rote Milan! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Der Grünspecht wird auch gefördert!)

Abg. Gabi Rolland SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat einer deutschen Lyrikerin:

Die Natur kennt keine Rache, aber auch kein Erbarmen.

In diesem Sinn müssen wir alles dafür tun, der Natur nicht ausgeliefert zu sein. Das heißt, es besteht die Notwendigkeit, mit der Natur ins Reine zu kommen. Das ist ein ursoziales Thema.

(Beifall des Abg. Thomas Reusch-Frey SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Novelle des Naturschutzgesetzes ist notwendig, weil wir die bereits zitierte Naturschutzstrategie, die wir beschlossen haben, umsetzen wollen. Ich darf daran erinnern, warum das

(Gabi Rolland)

so notwendig ist. Dieser Naturschutzstrategie ging eine Bilanz zur Natur in Baden-Württemberg voraus. Man hat festgestellt, dass die biologische Vielfalt in Baden-Württemberg durchaus in Gefahr ist und deswegen dringender Handlungsbedarf besteht.

Ich darf das an drei Zahlen deutlich machen: 30 bis 40 % der Arten in Baden-Württemberg stehen auf der sogenannten Roten Liste. Davon sind ein Drittel der Biototypen betroffen. Ein Drittel der FFH-Arten sind in einem schlechten ökologischen Zustand. Schon allein das zeigt: Es ist notwendig, die Naturschutzstrategie umzusetzen.

Wie setzt man die Strategie um? Ich möchte das ganz kurz anhand von sieben Beispielen aufzeigen; das meiste wurde schon gesagt.

Wir werden in den geschützten Bereichen den Einsatz der Gentechnik verunmöglichen. Es ist gut, Baden-Württemberg zumindest in den geschützten Bereichen und um die geschützten Bereiche herum als gentechnikfreies Land zu bestimmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir setzen zweitens die Moorstrategie um. Die Niedermoore und die Hochmoore werden stärker geschützt. Das ist ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz.

Drittens nehmen wir eine Verbesserung des Biotopverbunds vor. Sämtliche Naturbestandteile, Lebensräume, Landschaftsbestandteile werden zukünftig in den Biotopverbund mit einbezogen. Dem liegen Fachplanungen zugrunde, z. B. auch der Generalwildwegeplan.

Wir nehmen viertens eine Stärkung der Landschaftserhaltungsverbände vor. Inzwischen haben 30 der 35 Landkreise diesen Weg beschritten. Erstmals werden die Aufgaben geregelt, wird die Zusammensetzung geregelt. Es ist ein großer Beitrag für einen gelingenden Naturschutz in den Gemeinden, wenn alle – die Naturschützerinnen und Naturschützer, die Landwirtinnen und Landwirte sowie die Verwaltung – gemeinsam agieren und in die gleiche Richtung marschieren.

Wir nehmen fünftens eine Verbesserung der Schutzfunktionen vor. Beispielsweise wird bei schlechten Vorhaben im Innenbereich der Außenbereich besser geschützt. Ich erinnere an die Lichtverschmutzung, die im Außenbereich durchaus immer wieder ein Thema ist.

Wir stärken sechstens die Naturschutzverbände, indem sie mehr Einblick bekommen, mehr Beteiligungsmöglichkeiten bekommen, um in den Bereichen, die für sie interessant sind, mitzureden.

Schließlich der siebte Punkt: Wir entbürokratisieren auch ein Stück weit. Das heißt, die nachfolgenden Behörden werden entlastet, Meldepflichten entfallen, Genehmigungspflichten entfallen. Das ist ein gutes Zeichen.

Wir folgen der Novellierung des Bundesrechts. Wir nutzen die Spielräume aus, die es gibt.

Insgesamt werden durch das neue Naturschutzgesetz die Belange des Naturschutzes, des Artenschutzes und der Landschaftspflege gestärkt. Das neue Gesetz ist ausgewogen. Wir haben gut zugehört, was uns in den Anhörungen gesagt wur-

de. Deswegen wird die SPD-Fraktion dieses Gesetz nicht nur mit auf den Weg bringen, sondern auch mit beschließen.

Ich ende mit einem uralten indianischen Sprichwort:

Wir haben die Erde ... von unseren Kindern geliehen.

Lassen Sie uns auch danach handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wo wollen Sie eigentlich die 1 200 Windräder hinstellen?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege umfasst 125 Seiten. 15 Gesetze sind von diesem Artikelgesetz berührt. 201 Stellen – 150 Verbände und Berufsorganisationen und 51 Behörden – haben den Gesetzentwurf zur Anhörung zugesandt bekommen. Es wurden 66 Stellungnahmen abgegeben.

Dabei muss ich noch einmal darauf hinweisen: Ein solch wichtiges Gesetz verdient es, dass man nicht nur eine gründliche Vorbereitung trifft – da ist die Arbeit gut gewesen –, sondern auch einen ausreichenden Zeitraum gewährt, um die Inhalte durcharbeiten und zu würdigen. Das ist in dieser Sache nicht geschehen. Es ist für das parlamentarische Verfahren nicht gut, wenn zunächst vormittags ungefähr von 11 Uhr bis 11:30 Uhr die erste Lesung im Plenum stattfindet – bei der kurzen Redezeit von fünf Minuten kann man kaum etwas dazu sagen –, dann gleich etwa zwei Stunden später die Beratung des Gesetzentwurfs im Ausschuss stattfindet und in der folgenden Woche der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung geschwind durchgehauen wird. Das ist für einen ordentlichen parlamentarischen Ablauf der Behandlung einer solch wichtigen Angelegenheit nicht gut.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Abg. Paul Locherer CDU: Wo er recht hat, hat er recht! – Zurufe der Abg. Dr. Markus Rösler und Andrea Lindlohr GRÜNE)

Zweite Anmerkung: Lieber Kollege Rösler, ich würde mir wünschen, dass bei einem solchen Thema nicht nur acht oder neun von 36 Abgeordneten der Grünen hier im Saal sind. Es sind nicht einmal 25 % Ihrer Fraktion, die diesem Thema ihre Aufmerksamkeit widmen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das sind schon zu viel!)

Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Fraktion der FDP/DVP, die zu 80 % hier anwesend ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Es gab viel Eigenlob des Ministers. Das ist natürlich verdächtig. Bevor ich allerdings die Kritik übe, die zu diesem Gesetz-

(Dr. Friedrich Bullinger)

entwurf erforderlich ist, will ich ganz klar sagen: Ich finde es hervorragend – das habe ich auch bei den Haushaltsberatungen gesagt –, dass man die Landschaftserhaltungsverbände in dieses Konzept – das ein Konzept der alten Regierung ist, welches allerdings jetzt vor allem auch durch diese personelle Unterstützung in den Landkreisen wirklich einen Push bekommen hat – einbezieht. Das ist positiv zu bewerten.

Genauso freue ich mich, dass unsere Anregung – wir haben letztes Jahr schon einmal darauf hingewiesen –, 100 Alleene beispielhaft zu erhalten, letztlich von Ihnen aufgegriffen wurde. Das ist, glaube ich, ein sehr positives Zeichen. So viel vorweg, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe mein Wahlkreisbüro in der Alleestraße! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zu den Landschaftserhaltungsverbänden einmal mit dem Kreisverband Ludwigsburg der FDP sprechen!)

Meine Damen und Herren, im Rahmen dieser ersten Lesung will ich darauf hinweisen, dass das Vorhaben nicht auf Freiwilligkeit beruht, sondern dass seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 klar war, dass man hier etwas tun muss. 2011, vor vier Jahren, hätte man das schon entsprechend angehen können. Das wurde nicht gemacht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wir haben erst die Strategie gemacht!)

Meine Damen und Herren, der nun vorliegende Entwurf hat mit dem Anhörungsentwurf dankenswerterweise nicht mehr allzu viel zu tun. Bei dem einen oder anderen Unfug – ich nenne etwa das, was ursprünglich zum Biotopverbund vorgesehen war – hat die grün-rote Landesregierung erfreulicherweise Änderungen vorgenommen. Der Aufschrei von BUND und NABU ist ein gutes Zeichen, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Ich will ein paar Punkte herausgreifen, weil es gar nicht möglich ist, den ganzen Wust hier noch einmal anzusprechen.

Die Regelung in § 2 – Verpflichtung der öffentlichen Hand zum Schutz der Natur – läuft auf eine zusätzliche Ökologisierung bei Pachtverträgen der öffentlichen Hand auf Kosten der Landwirte hinaus. Es ist zu befürchten – wie im Zusammenhang mit vielen Gesetzen, die Sie gemacht haben; ich erwähne die Durchführungsverordnung zum Jagdrecht –, dass bei der Umsetzung die jetzt zwischen den Zeilen noch nicht absehbaren Daumenschrauben in Form von Richtlinien, Durchführungsverordnungen und anderen Vorschriften angezogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Im Zusammenhang mit § 2 Absatz 2, der die Gewässerrandstreifen betrifft, erwarte ich eher mehr Bürokratie als weniger und mehr Nutzungseinschränkungen.

Ich komme zu § 3: Naturschutz als Aufgabe für Erziehung, Bildung und Forschung. Richtig ist, dass die Landesregierung hier Naturschutzpädagogik in Lehr- und Bildungspläne bringt. Allerdings frage ich mich schon, warum Grün-Rot Biologie

nicht mehr als eigenständiges Fach in den Gymnasialklassen 5 und 6, in denen dies ganz wichtig wäre, vorsieht.

Ein Naturschutzgütesiegel ist preiswert und für PR immer gut. Das ist ein Steckenpferd von Ihnen. Das ist aber, glaube ich, hier nicht zielführend, meine Damen und Herren. Es wäre wichtiger und schlüssiger, hierzu ein Gesamtkonzept vorzulegen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sind Sie gegen das Naturschutzsiegel?)

Die Inhalte der Landschaftsplanung wären an dieser Stelle ebenfalls noch einmal anzusprechen. Ich glaube, ein zusätzlicher Fachbeitrag der Land- und Forstwirtschaft wäre wünschenswert gewesen; denn die agrarstrukturelle Entwicklungsplanung hat eine ganz große Bedeutung für die Landschaftsplanung.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Meine Damen und Herren, auch im Bereich des Biotopverbunds laufen einige Dinge nicht richtig, und zwar deshalb, weil man den bisherigen Grundsatz verlässt und eine Verschiebung vom Vertragsnaturschutz in Richtung hoheitlicher Naturschutz vornimmt.

Man könnte noch eine ganze Reihe weiterer Punkte ansprechen. Der Präsident drängt darauf, dass ich jetzt meinen Beitrag beende. Aber auf einen Punkt möchte ich noch eingehen, und zwar auf den Datenschutz. Ich habe größte Bedenken, dass die personenbezogenen Daten zu den Landschaftserhaltungsverbänden weitergegeben werden.

Meine Damen und Herren, so, wie der Gesetzentwurf jetzt vorliegt, können wir ihm – auch wenn gute Regelungen darin enthalten sind – aufgrund der von mir angesprochenen Kritikpunkte nicht zustimmen.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So viele gute Sachen drin!)

Er wird zu mehr Bürokratie führen, auch wenn Sie das Gegenteil behaupten. Es wird stärker in das Eigentum eingegriffen. Es wird von der Freiwilligkeit abgerückt, es erfolgt eine Verschiebung vom Vertragsnaturschutz in Richtung hoheitlicher Naturschutz. Das ist nicht der Weg, den wir brauchen, um in Baden-Württemberg erfolgreich Naturschutz betreiben zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: „Dagegen-Partei“!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/6886 (Ergänzte Fassung) zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Tagesordnungspunkt 3 ist erledigt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Musikland Baden-Württemberg – Drucksache 15/4981

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Nomen est omen! Die Rede wird kurz!)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Kirchentag in der vergangenen Woche hier in Stuttgart ist uns wieder eindrücklich vor Augen oder, besser gesagt, zu Ohren geführt worden, welche Bedeutung Musik hat: Musik verbindet, Musik erhebt, Musik eröffnet neue Dimensionen.

Baden-Württemberg ist ein Land mit einer besonders reichen Musiktradition. In allen Landesteilen, in allen Städten und Gemeinden kann man Musik machen, Musik erleben, ein Instrument erlernen, in einem Chor singen, in einer Band oder in einem Orchester mitspielen.

Diese regionale Vielfalt und diese Vielfalt der verschiedenen Musikrichtungen sind eine echte Stärke unseres Bundeslands. Für die CDU kann ich sagen, dass uns diese Vielfalt besonders wichtig ist und dass wir einen ganz großen Wert darauf legen. Wir wollen nicht nur Leuchttürme in den Städten und in den Ballungszentren haben, wir wollen nicht nur Exzellenz und professionelle Musik fördern. Die CDU will Musik im ganzen Land und in der ganzen gesellschaftlichen Breite verankert wissen. Deswegen ist uns auch der Amateurbereich so wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Nach der Regierungsbildung von Rot-Grün gab es etliche Startschwierigkeiten, gerade auch im Bereich der Kulturpolitik. Es ist ja bekannt, dass die Grünen in der Vergangenheit keinen allzu großen Sinn für kulturpolitische Themenstellungen hatten. Ihr kulturpolitischer Sprecher kann davon im wahrsten Sinn des Wortes ein Lied singen, aber man hört es auch immer wieder einmal in Gesprächen. Der Staatssekretär hat in den soziokulturellen Zentren sein Steckenpferd gefunden oder im Jazz und in der Weltmusik seine Lieblingskinder. Aber bei allem anderen ist kein Herzblut dabei und auch wenig Verständnis. Ehrlich gesagt, Herr Staatssekretär, lässt sich das auch mit der Scheckbuchdiplomatie, mit der Sie derzeit durchs Land ziehen, nicht kaschieren.

(Beifall bei der CDU)

Es fing damit an, dass Sie die Zuständigkeit für die Amateurmusik vom Kultusministerium ins Wissenschaftsministerium verpflanzt haben. Man muss feststellen: In der Hausspitze hat man wenig Sinn und Verständnis für die Amateurkunst insgesamt und damit auch für die Amateurmusik.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Schade!)

Außerdem müssen sich jetzt die beiden Häuser, das grüne Kunstministerium und das SPD-geführte Kultusministerium, miteinander absprechen. Denn viele Zuständigkeiten sind im Kultusministerium verblieben, z. B. für die Zusammenarbeit von Schule und Verein, die Jugendmusikschulen oder auch die Ausbildung für die Musikmentorenprogramme. Insofern gibt es da einiges zu besprechen, und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Häusern scheint nicht gut zu funktionieren. Da weiß die eine Hand zum Teil nicht, was die andere macht.

Die Grundlage für Musik wird bei den Kindern und Jugendlichen gelegt. Das fängt in den Vereinen, in den Jugendmusikschulen und natürlich auch in der Schule an. Aber ausgerechnet in dem Ergänzungsbereich in den Schulen hat das Kultusministerium massiv die Stunden gestrichen. Damit stehen die AGs wie etwa die Trommel-AG, die Big Band, der Chor auf der Kippe, und ist es gar nicht mehr selbstverständlich, dass das für alle Kinder in den Schulen angeboten werden kann. Das, meine Damen und Herren, ist das Gegenteil von kultureller Bildung, die wir doch eigentlich gemeinsam so hochhalten.

(Beifall bei der CDU)

Aber damit nicht genug. Bei der Ganztagsbetreuung wurde der Sport massiv bevorzugt. Die Musikvereine mussten sich und müssen sich zum Teil immer noch hinten anstellen und warten, bis auch sie Angebote in den Schulen unterbreiten dürfen. Das ist eine massive Ungleichbehandlung und uns völlig unverständlich; denn die Musik wird hier benachteiligt, und das schadet dem Musikland Baden-Württemberg.

Dass die Ausbildung der Musikmentoren in Ihrer Regierungszeit so massiv zurückging – Sie lesen die Zahlen in der Antwort auf die Große Anfrage, die auf der Tagesordnung steht –, ist ein Beweis dafür und macht uns in der CDU wirklich Sorgen.

Dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Häusern nicht funktioniert, können wir auch daran erkennen, dass Sie den Fachbeirat Kulturelle Bildung haben einschlafen lassen. Diesen Fachbeirat hatte noch die CDU-geführte Landesregierung eingeführt, und er fand große Anerkennung bei allen Beteiligten. Dort wurde hervorragend gearbeitet, und es wurden dann bemerkenswerte Empfehlungen vorgelegt. Das war im November 2013, meine Damen und Herren. Was ist seither geschehen? Nichts, wirklich nicht viel. Still ruht der See. Erst jetzt, nachdem wir mit einem Antrag sozusagen einen Weckruf gestartet haben, haben Sie sich bequemt, diesen Fachbeirat wieder einmal – jetzt im Juli – einzuberufen. Das hat wirklich lange gedauert und ist nicht nachzuvollziehen.

Aber den Vereinen und da insbesondere der Blech- und Blasmusik kommt eine besondere Bedeutung für die kulturelle Bildung zu. Welche Wirkung und Bedeutung diese Vereine haben, konnten wir jetzt wieder im Mai bei dem Landesmusikfest in Karlsruhe erleben. Da waren 200 Musikvereine und Orchester vertreten. Rund 10 000 Musikerinnen und Musiker haben eindrucksvoll und aktiv gezeigt, was sie bewerkstelligen. Veranstalter waren die beiden großen Blasmusikverbände in Baden-Württemberg, der BVBW und der BDB. Ich möchte hier ganz ausdrücklich unsere Anerkennung, unseren

(Sabine Kurtz)

Respekt und unseren herzlichen Dank für dieses große ehrenamtliche Engagement, das hier geleistet wird, aussprechen.

(Beifall bei der CDU – Bravo-Rufe von der CDU)

Wir in der CDU sind davon überzeugt, dass dieses ehrenamtliche Engagement weiterhin unbedingt unterstützt werden muss. Diese Blasmusikverbände leisten außerordentlich viel für die Aus- und Weiterbildung der Musikerinnen und Musiker. Sie haben dafür auch zwei Ausbildungszentren, eines in Staufen und eines in Kürnbach. Sie wissen es alle – wir hatten dazu ein gemeinsames Gespräch –: Beim BDB in Staufen besteht derzeit ein großer Sanierungsbedarf, und der BVBW möchte sein Zentrum gern nach Plochingen verlegen. Das ist nicht nur für die Blech- und Blasmusikvereine wichtig. Hier gibt es auch Ausbildungsmöglichkeiten für andere Amateurmusiker, für Akkordeon- und Harmonikaverene, für die Zithermusik. Das ist also wirklich wichtig für den gesamten Amateurbereich. Wir gehen davon aus, Herr Staatssekretär, dass Sie selbstverständlich den Vereinen bei den großen Investitionen, die jetzt anstehen, unter die Arme greifen, so wie das in der Vergangenheit auch üblich war.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir hoffen, dass wir dazu bald eine klare Aussage vom Ministerium hören können.

Das Repertoire der Blasmusik in Baden-Württemberg ist sehr vielfältig. Die Orchester decken ein ganz breites Spektrum ab. Sie leisten damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Traditionspflege. Wir halten es für richtig und für wichtig, dass wir unser kulturelles Erbe pflegen, weiterentwickeln und weitergeben. Das heißt natürlich, dass man für Neues und für die Einflüsse anderer Kulturen offen bleibt. Ich will die Schlossfestspiele in Ludwigsburg als gutes Beispiel dafür erwähnen, wie kreativ man auch mit dem Volkslied umgehen kann und dass es überhaupt nichts mit Rückständigkeit zu tun hat, wenn man sich den eigenen Wurzeln widmet, z. B. dem Volkslied. Es ist wichtig, dass wir das nicht verkommen lassen. Unsere eigene Musiktradition ist so wertvoll, so reichhaltig und international so anerkannt, dass es eine Schande wäre, wenn wir sie vernachlässigen würden.

(Beifall bei der CDU)

Dass wir in Baden-Württemberg jetzt ein Zentrum für Weltmusik bekommen werden, das in Zusammenarbeit mit der Musikhochschule Mannheim an der Popakademie in Mannheim eingerichtet wird, sehen wir, die CDU, als Bereicherung an. Wir begrüßen diese Neuerung ganz ausdrücklich. Aber wir haben auch nicht vergessen, welchen Schaden die Frau Ministerin in der Musikhochschullandschaft insgesamt angerichtet hat. Das macht auch dieses Zentrum für Weltmusik überhaupt nicht wett. Auch die fünf Symposien, die Sie durchgeführt haben, um publikumswirksam über die Ausbildung an unseren Musikhochschulen zu rasonieren, täuschen nicht darüber hinweg, wie viel Porzellan hier zerschlagen wurde.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Derzeit führen Sie umständliche Verhandlungen mit den Musikhochschulen darüber, welche Musikhochschule denn jetzt wo wie viele Studienplätze anbieten darf. Sie beziehen sich da als Berechnungsgrundlage auf die Zahlen von 1998. Aber,

meine Damen und Herren, diese sind nun wirklich von gestern. Seither hat sich sehr viel verändert. Es gibt vielfältige neue Herausforderungen für die Musikhochschulen. Mit dieser Erbsenzählerei kommt man wirklich nicht weiter.

Insgesamt scheinen Sie den Musikhochschulen extrem ins Handwerk zu pfuschen. Die Ministerin redet immer von Autonomie der Hochschulen. Aber bei den Musikhochschulen ist das nicht der Fall; die nimmt sie ans Gängelband.

Das zeigt sich schon beim Hochschulfinanzierungsvertrag. Die Musikhochschulen dürfen nicht wie die anderen Hochschulen über ihre Finanzen selbst bestimmen. Hier ist es also mit der Autonomie der Hochschulen nicht weit her.

Ich muss auch sagen, das Konzept, das die Landesregierung 2013 zur Reform der Musikhochschulen vorgelegt hat, war auch wenig von Sachkunde und von Liebe zum Musikland Baden-Württemberg geprägt. Das hat dazu geführt, dass der Herr Ministerpräsident den Negativpreis „Musik-Gordis – der gordische Knoten des Musiklebens“ mit der Begründung verliehen bekommen hat, das einstige Musterländle sei auf dem besten Weg, im Wettbewerb der Länder auf bildungskulturelles Mittelmaß abzusteuern.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– Ich bin gleich fertig. – Professor Höppner hat dazu gesagt:

Ministerpräsident Kretschmann trägt die Gesamtverantwortung für die fortschreitende Zerstörung kultureller Infrastruktur in Baden-Württemberg.

Das ist starker Tobak. Das bezog sich auch auf die Rundfunkorchesterfusion.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben es ja erlebt, dass der Herr Ministerpräsident im Vorfeld dieser Rundfunkorchesterfusion keinen Finger krumm gemacht hat, um vielleicht irgendwo Unterstützung herbeizuführen und zu schauen, wie man diese beiden Orchester hätte retten können.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Das sind zwei Orchester – ich bin sofort fertig –, die die kulturelle Identität unseres Landes maßgeblich geprägt haben, die auch Bestandteil der Musikkonzeption sind. Und jetzt, meine Damen und Herren, droht Baden-Württemberg auf kulturelles Mittelmaß abzusinken. Das ist fatal. Das hören wir auch aus der Musikszene in Baden-Württemberg.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, ich bitte Sie, jetzt zum Schluss zu kommen. Sie haben zehn Minuten Redezeit. Das sind gegenüber den anderen Rednern fünf Minuten mehr. Sie dürfen die Redezeit dann nicht noch um drei Minuten überziehen.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja, Herr Präsident, ich bin fertig. – Ich erinnere einfach daran, dass wir in Sachen Kultur Vorreiter waren, dass Ministerpräsident Lothar Späth die erste Kunstkonzeption auf den Weg gebracht hat.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Wir bitten darum, dass Sie mit diesem Erbe verantwortungsbewusst umgehen.

Danke.

(Beifall bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ausgezeichnete Rede! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ich hätte noch 20 Minuten zuhören können!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Kern das Wort.

(Abg. Georg Wacker CDU: Dafür hat der Kollege Kern drei Minuten weniger! – Gegenruf: Mehr!)

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kurtz, vieles von dem, was Sie gesagt haben, insbesondere was die Bedeutung der Amateurmusik angeht, was die Bedeutung der volksmusikalischen Tradition in Baden-Württemberg angeht, unterschreibe ich voll und ganz. Aber die anderen Behauptungen, die Sie aufgestellt haben, sind hanebüchen. Auch wenn Sie jetzt lange darüber geredet haben, wird es dadurch nicht richtiger.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Sie haben z. B. unterstellt – speziell an meine Adresse –, wir hätten kein Gefühl für die Bedeutung der Amateurmusik, würden da hilflos herumrennen und nur soziokulturelle Zentren und die Hochkultur hofieren. Das geht völlig an den Tatsachen vorbei. Sie wissen sicherlich, dass ich selbst leidenschaftlicher Amateurmusiker bin, dass ich sehr viel bei den Verbänden unterwegs bin.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!)

Natürlich sind Sie da näher dran, weil die Präsidenten, die sich die Verbände wählen, immer von Ihrer Partei waren. Da gab es auch keine Ausschreibung oder irgendeine Chance, dass da einmal jemand anders hätte in ein solches Amt kommen können. Die bleiben unter sich.

(Zurufe – Unruhe bei der CDU)

– Ja, es gibt einen von der FDP. Das macht einen großen Unterschied. Natürlich. Entschuldigung.

Das betrifft gerade die Blasmusiker, von denen Sie sprechen, mit denen Sie natürlich sehr viel reden und mit denen Sie sich auch einig sind, dass alles Mist ist, was hier passiert. Das glaube ich Ihnen. Aber deswegen wird es nicht wahr.

Es ist tatsächlich so, dass wir im aktuellen Haushalt die Mittel für die Amateurmusik um 150 000 € pro Jahr erhöht haben.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Scheckbuchdiplomatie!)

– Ja, schauen Sie ruhig noch einmal nach. – Wir sind auch in der Planung, wie wir mit den Ausbildungsstätten umgehen. Denn das muss natürlich gemacht werden. Das wissen wir alle. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Wenn Sie jetzt in Ihrer Großen Anfrage schreiben, Sie sähen das Musikland Baden-Württemberg gefährdet, und wenn Sie der Landesregierung planlose Politik vorwerfen, dann ist das – mit Verlaub – lächerlich. Sie haben offenbar nicht mitbekommen, wie viel Geld in den vergangenen vier Jahren zielgerichtet in Kultur, vor allem in die Musik, geflossen ist. Im Grunde kann man der Antwort entnehmen – insofern bedanke ich mich bei Ihnen für die Große Anfrage –, wie viel in Baden-Württemberg für Orchester, Ensembles, Chöre, aber auch für die Festivals verschiedener Größe im klassischen Bereich und auch in den Bereichen Jazz und Pop sowohl im professionellen wie auch im Amateurbereich getan wird. Das kann man an den Aufstellungen, die in der Antwort der Regierung enthalten sind, sehr gut sehen.

Gleiches gilt auch für die musikalischen Ausbildungsstätten, seien es Ochsenhausen, Schloss Kapfenburg, die Bundesakademie in Trossingen oder die beiden Akademien der Blasmusikverbände in Staufen und Kürnbach.

Ich verschone Sie mit Detailzahlen,

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Danke!)

aber ich möchte dennoch drei Punkte hervorheben. Ich werde nicht so lange brauchen wie Frau Kurtz.

(Zuruf: Auf die Qualität kommt es an!)

Erstens: Wir fördern die zeitgenössische Musik und die Innovation. Unter Beteiligung des Wissenschaftsministeriums wurde das Netzwerk Neue Musik gegründet. Außerdem wurde die institutionelle Förderung im Bereich der zeitgenössischen Musik wesentlich erhöht.

Mit dem Innovationsfonds Kunst hat die Landesregierung ein neues Förderinstrument geschaffen. Fast 4 Millionen € sind seitdem in künstlerische Projekte geflossen. Allein auf die Sparte Musik entfielen rund 30 %. Das sind mehr als 1 Million € für innovative musikalische Projekte. Ist das nichts?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ja, super!)

Zweitens: Wir haben die Mittel für die Amateurmusik, die in den vergangenen Jahren, zu Zeiten der CDU-Regierungen, drastisch gekürzt worden sind, wieder erhöht. Hier steht zusätzliches Geld zur Verfügung, das vor allem für die musikalische Aus- und Weiterbildung auch auf dem Gebiet der Chor- und Orchesterleitung ausgegeben wird. Gerade in diesem Bereich, in dem Sie soeben versucht haben, etwas zu bemängeln, haben wir etwas getan.

Drittens – und das an dieser Stelle als Letztes – ein ganz aktuelles Beispiel: Für die Jazzförderung geben wir im diesem Jahr mehr als doppelt so viel wie im vergangenen Jahr aus. Jazz ist hoffentlich auch für Sie Musik, ja?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Manfred Kern)

Das Geld fließt dort in die Nachwuchsförderung. Wir fördern überall im Land Jazzfestivals, unterstützen professionelle Musikerinnen und Musiker überall dort, wo es nötig ist.

Überall Erhöhungen, Verbesserungen, neue Fördermöglichkeiten, die wir geschaffen haben –

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Höher, weiter, schneller!)

ob beim Jazz, in der Amateurmusik, in den Blasmusik- und den Chorverbänden, bei der Spitzenförderung oder bei neuen Musikprojekten. Ich frage mich: Sieht so der Untergang – nicht des Abendlands – des Musiklands Baden-Württemberg aus? Ich sage Ihnen: Nein, mitnichten. Das wissen Sie eigentlich so gut wie ich.

Dieser Regierung ist Kultur, dieser Regierung sind Kunst und Musik etwas wert.

Kurz nachdem ich meinen Job als kulturpolitischer Sprecher übernommen habe, hörte ich den zum Nachdenken anregenden Satz: „Heutzutage kennt jeder den Preis, aber niemand den Wert.“ Das gilt nicht mehr unter dieser grün-roten – nicht rot-grünen, wie Sie gesagt haben – Landesregierung. Wir wissen um den Wert der Kultur in Baden-Württemberg, und die hat ihren Preis.

Ich weiß, Geld allein ist nicht alles. Musik und Gesang machen uns reich. Jenseits von Leistungsgedanken und Individualisierung der Gesellschaft überwinden wir damit Grenzen. Aber ohne die Zuschüsse von Land und Kommunen im musisch-ästhetischen Bereich könnten sich die Kreativen eben nicht weiterentwickeln – nicht in dem Maß, wie wir es uns wünschen und wie es für die Gesellschaft notwendig ist.

Deshalb ist jeder Cent, den wir in Kunst und Musik investieren – egal, ob Spitzen- oder Breitenkultur –, gut investiertes Geld. Das wissen wir, und deshalb können wir mit Fug und Recht behaupten: Ja, Baden-Württemberg ist das Land, in dem klassische Musik und neue Musik, in dem Pop und Jazz, in dem Blasmusik und Chorgesang blühen und gedeihen – kurz: d a s Musikland. Und das soll und wird auch so bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Beste Rede heute!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Heberer das Wort.

Abg. Helen Heberer SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit ihrer Großen Anfrage zum Musikland Baden-Württemberg beschwört die CDU-Fraktion die Gefahr des Niedergangs der Kultur in Baden-Württemberg herauf. Da fragt man sich: Wodurch ist die Sicht auf die Kunst verstellt?

Ich meine, das Gegenteil ist der Fall. Wir können Musik – und wie! –, von der klassischen über die zeitgenössische Musik bis hin zu Jazz und Pop, in den großen Städten, im ländlichen Raum, professionell, semiprofessionell, in Hochschulen, in Schulen, in Theatern, Vereinen, Jazzklubs usw.

Baden-Württemberg ist unbestritten bundesweit das Musikland Nummer 1.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

– So ist es.

Fünf von 24 staatlichen Musikhochschulen sind hier angesiedelt.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

– Fünf von 24 bundesweit. Das ist hier in unserem Land eine gute Anhäufung.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist der Ministerin ein Dorn im Auge!)

Im Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ belegt Baden-Württemberg regelmäßig die Spitzenposition. Die Kulturförderung, die noch 2004 von der CDU-FDP/DVP-Regierung pauschal um 10 % gekürzt wurde,

(Zurufe von den Grünen: Was? – Unglaublich! – Skandal!)

wurde von Grün-Rot wieder kräftig erhöht.

(Abg. Walter Heiler SPD: So war das!)

Der Kulturetat steigt im Doppelhaushalt 2015/2016 noch einmal um 7 %.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ein guter Staatssekretär!)

Dies ist eine Steigerung allein von 2014 bis 2016 um 30 Millionen €. Das sind natürlich keine Peanuts. Davon profitiert auch die Musik, und wir stärken damit das Musikland Baden-Württemberg, auf das wir alle zu Recht sehr stolz sein können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein völlig neues Förderinstrument stellt der Innovationsfonds Kunst dar – Kollege Kern hat es schon angesprochen –, den die Landesregierung im Rahmen der Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ konkret mit Leben erfüllt. In diesem Rahmen wird natürlich auch gezielt die Sparte Musik gefördert. Stand Mai wurden von 161 Projekten 50 innerhalb der Sparte Musik gefördert. Das sind 30 % des Gesamtförderbetrags.

Darüber hinaus werden Kammerorchester, philharmonische Orchester, Chöre, kammermusikalische Ensembles besser ausgestattet, Amateurmusik und Jazzmusik ausgebaut, Kooperationen und Projekte mit Schulen, Hochschulen, Akademien ermöglicht, und es werden Angebote im Bereich Weltmusik, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, oder im Bereich „Musik und Literatur“ umgesetzt.

Ein weiteres Ziel der Kunstkonzeption wird konsequent verfolgt, nämlich die Stärkung der zeitgenössischen Musik durch die Gründung des Netzwerks Neue Musik und damit eine deutlich stärkere Förderung z. B. von ensemble recherche in Freiburg oder KlangForum Heidelberg.

(Helen Heberer)

Auch die Amateurverbände, über die wir heute sprechen, leisten eine hohe musikalische Bildungsarbeit in der Breite. In Baden-Württemberg gibt es rund 6 500 Vereine der Amateurmusik mit ca. 12 000 Ensembles, und darin sind fast 400 000 Musikerinnen und Musiker bzw. Sängerinnen und Sänger engagiert. Das Land fördert die Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen und die Internationale Musikschulakademie Kulturzentrum Schloss Kapfenburg. Beide stehen Ensembles der Amateurmusik offen und bieten Fortbildungsangebote, die Weiterqualifizierung auf allerhöchstem Niveau sicherstellen. Auch die Verbände der Blasmusik sind in ihrer hervorragenden Arbeit ganz besonders zu würdigen. Das kann ich als Tubistin mit Fug und Recht sagen.

Die Förderung der Amateurmusik steigt also im Haushalt 2015/2016 nochmals um 150 000 € auf fast 5 Millionen €. Wo ist da die Vernachlässigung?

Wir haben in Baden-Württemberg einen bundesweit einmaligen Prozess zur Zukunftsentwicklung der Musikhochschulen in Gang gesetzt. Das hohe fachliche Engagement und die Beteiligung vieler unterschiedlicher Akteure haben Ergebnisse hervorgebracht, die sich bundesweit sehen lassen können.

Auch die Popakademie war in diesen Prozess eingebunden. Sie ist Hochschuleinrichtung und Kompetenzzentrum für Musikwirtschaft in einem, und sie ist mit ihren staatlich anerkannten Bachelor- und jetzt auch Masterabschlüssen bundesweit einzigartig. Als eine – Sie bezeichnen sie als Trostpflaster – von zwei Einrichtungen in ganz Europa startet sie darüber hinaus zum nächsten Wintersemester mit dem Bachelorstudiengang Weltmusik und bildet damit ein Zentrum für Weltmusik in Baden-Württemberg. Unser Land übernimmt damit eine Vorreiterrolle im Bereich neuester Musikformen, Internationalisierung und Integration. Denn die universelle Sprache der Musik umspannt die ganze Welt.

(Glocke des Präsidenten)

Die Jazzförderung, die erwähnt wurde, steigt und entwickelt neue Förderelemente. Allein im Jahr 2015 stehen 338 000 € mehr zur Verfügung als noch 2014. Das ist eine eklatante Steigerung um 120 %. Die Jazzfestivals werden besser ausgestattet. Auch die Gagenzuschüsse für die Jazzklubs verdoppeln sich nahezu und steigen um 100 000 € auf 220 000 €.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Redezeit!)

Schließlich wird der Nachwuchs – das ist sehr wichtig – an neu eingerichteten Musikgymnasien seit Beginn des Schuljahrs 2013/2014 gefördert. Es gibt das Musikgymnasium Baden-Württemberg in Stuttgart; die Einrichtung eines Musikgymnasiums in Karlsruhe hat begonnen. Damit Hand in Hand geht die Aufwertung ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Helen Heberer SPD: ... – ja – der jugendmusikalischen Spitzenförderung in den Akademien Schloss Weikersheim, Ochsenhausen, Trossingen und, nicht zu vergessen

(Ein Abgeordneter zeigt auf stellv. Präsident Wolfgang Drexler.)

– er grimassiert wieder hinter mir; ich kenne das schon –,

(Heiterkeit – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Einfach weiterreden!)

der landesweit hervorragenden Musikschulen, Jugendorchester und Ensembles. Das muss man mit Nachdruck betonen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss!

Abg. Helen Heberer SPD: Letztlich ist Baden-Württemberg beim Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ nach wie vor unschlagbar. Das sehen wir auch in diesem Heft,

(Die Rednerin hält ein Heft hoch.)

der neuesten Mitteilung des Landesmusikrats.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss! Sonst muss ich das Mikrofon abschalten.

Abg. Helen Heberer SPD: Jawohl. – Ein letzter Satz – Ehrenwort –: Sieht so der Untergang der musikalischen Kultur unseres Landes aus? Nein, meine Damen und Herren, es ist der Aufschwung, wie ihn das Land lange nicht gesehen hat.

(Oh-Rufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, schauen und hören Sie nur hin, und wertschätzen – –

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler schaltet der Rednerin das Mikrofon ab. – Abg. Helen Heberer SPD: Und genießen Sie unser Musikland Baden-Württemberg! Man versteht mich auch so! Ich bedanke mich besonders! – Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helen Heberer SPD verlässt das Rednerpult. – Abg. Helen Heberer SPD: Kulturlos!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gilt: Unabhängig von Thema muss man die Konsequenzen der Geschäftsordnung tragen. Sonst muss man die Geschäftsordnung ändern und sagen: Für kulturpolitische Sprecherinnen gilt die Geschäftsordnung nicht.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wenn die Mehrheit von der CDU und der SPD das beschließen möchte, kann sie das machen. Dann kann ich mich danach richten. Aber ansonsten haben in diesem Parlament alle Themenbereiche die gleiche Geltung.

Ich darf für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort geben.

(Zuruf: Der gleicht es jetzt wieder aus!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hallo, hallo! Funktioniert das Mikrofon wieder? – Ja. Gut.

(Zuruf: Was sagt er?)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche, die Zeit nur begrenzt zu überschreiten. Denn ich habe damals, am Anfang der Legislaturperiode, die Geschäftsordnung mit den Kollegen gestaltet. Darin ist tatsächlich das, von dem der Präsident glaubte, es müsste nachgereicht werden, nicht enthalten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das geht alles von der Redezeit ab!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg ist das Land der Musik mit der größten Vielfalt. Aber nicht nur Vielfalt, sondern auch Qualität bieten die Musikerinnen und Musiker in Baden-Württemberg. Das zeigen die vielen national und international gewonnenen Wettbewerbe; wir haben es gerade schon gehört.

Das kommt allerdings nicht von ungefähr, sondern ist einer hervorragenden Ausbildung durch die Schulen, Hochschulen und Musiklehrer und vor allem dem ehrenamtlichen Engagement der Vereine und Gruppen zu verdanken.

Ich darf aber darauf hinweisen, dass dieses Thema in diesem Haus großes Gewicht hat. Ich darf nur ein paar Namen nennen, um zu zeigen, wie stark die Musik ehrenamtlich unterstützt wird: Ehrenpräsident Rau, Präsident Rapp, ehemaliger Kollege Christoph Palm, Präsident Haußmann, Präsidentin Gurr-Hirsch, Präsident Köberle, Präsident von Eyb, Präsident Wald, Präsident Schreiner. Ich habe wochenlang nach Präsidenten von Rot-Grün gesucht. Ich konnte niemanden finden. Wenn Sie es nachreichen würden.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Naturfreunde!)

– Naturfreunde machen auch Musik. Jawohl, lieber Nik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich wollte nur einmal klarstellen, dass die Musik in diesem Haus eine große Bedeutung hat.

Das rührt auch daher, dass die Politik in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten, vor allem durch die Vorgängerregierungen, die gesamte Bandbreite gefördert und immer wieder neue Impulse gesetzt hat. Ich nenne nur die Popakademie in Mannheim. Ich finde es daher gut, dass die jetzige Regierung versucht, diese erfolgreiche Politik fortzusetzen.

Sorgen bereitet mir allerdings, dass Grün-Rot einseitig die verpflichtende Ganztagschule favorisiert. Das könnte bedeuten, dass Eltern vielerorts keine Wahlmöglichkeit

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

zwischen einer Ganztagschule und einer klassischen Halbtagschule haben.

(Minister Andreas Stoch betritt den Plenarsaal.)

– Ich freue mich, dass der Minister wieder hereingekommen ist. Das ist nämlich auch ein Schulthema, bei dem es darum geht, „Erziehung von Anfang an“ anzubieten.

Meine Damen und Herren, es fehlen die Ganztagsangebote. Gerade die offene Form von Ganztagschulen, wie wir sie wollen, mit Unterricht am Vormittag und freiwilligen Angeboten am Nachmittag vermag es aber nach unserer Auffassung am besten, Wahlfreiheit zu gewährleisten und Schule in das gesellschaftliche Umfeld der Vereine, in die Jugendarbeit und in andere Institutionen einzubinden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr richtig!)

Eine verpflichtende Ganztagschule für alle birgt dagegen die Gefahr, dass sie sich um die eigene Achse dreht und statt einer Suche nach einem außerschulischen Partner irgendein Einheitsangebot vorgibt. Meine Damen und Herren, im schlimmsten Fall wird dazu noch eine Lehrkraft zusätzlich zu ihren sonstigen Aufgaben verdonnert. Gerade im Bereich der Musik könnte das einen herben Verlust an Vielfalt und Qualität nach sich ziehen. Wir fordern deshalb, dass auch die offene Form der Ganztagschule ins Schulgesetz aufgenommen wird.

Ich will hier klar sagen – Herr Präsident, Sie haben noch in einer Sportorganisation ein Präsidentenamt –: Es ist wichtig, nicht nur die Sportvereine, sondern verstärkt auch die Musik mit in die Angebote aufzunehmen. Man darf die beiden nicht gegeneinander ausspielen, sondern muss jetzt mit der Musik nachziehen. Im Sport sind wir mit diesem Thema schon ein Stück weiter.

Das Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“, mit dem die seinerzeitige CDU-FDP/DVP-Landesregierung flächendeckend die musikalische Frühförderung an Kindergärten und Grundschulen ausbauen wollte, hat die jetzige Landesregierung auf ein Wahlpflichtmodul im Kindergarten reduziert.

Da sich die Einrichtungen zwischen Sprachförderung und dem Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ entscheiden müssen, ist das SBS-Programm an den Rand gedrängt worden. Das ist nicht gut. Wir sind also weit entfernt davon, dass jedes Kind die Möglichkeit einer musikalischen Frühförderung erhält. Das ist eine eindeutige Verschlechterung, die Sie zu verantworten haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Besonders augenfällig wurde das – vorsichtig ausgedrückt – mangelnde Verständnis der grün-roten Landesregierung für die Musik und ihren besonderen Stellenwert in der Fläche Baden-Württembergs – ich will hier noch kurz darauf eingehen, welches Spektakel wir vor zwei Jahren im Sommer erlebt haben –, als die Landesregierung zwei von fünf Musikhochschulen schließen wollte. Ich nenne hier vor allem die Musikhochschule Trossingen, die für den ländlichen Raum und ganz Südwürttemberg eine hohe Bedeutung hat.

Dabei hat gerade der Rechnungshof der dezentralen Aufstellung und der produktiven Arbeit der Musikhochschulen, und zwar aller, ein gutes Zeugnis ausgestellt. Dem Ministerpräsidenten ist es irgendwann aufgefallen. Er hat gesehen, dass seine Parteifreundin, die Wissenschaftsministerin, die Chöre und Orchester im ganzen Land letztendlich schädigt, und er hat die Notbremse gezogen. Meine Damen und Herren, das Zu-

(Dr. Friedrich Bullinger)

rückpfeifen war dringend erforderlich. Jetzt gilt es, diesen Bereich entsprechend auszugestalten und effektiv weiterzuentwickeln.

Am Ende kam das heraus, was zu Beginn von uns schon beantragt wurde, was wir also schon immer gewollt haben, dass nämlich alle fünf Standorte als vollwertige Hochschule erhalten bleiben. Und das ist auch gut so.

Dass Sie nun kurz vor der Wahl natürlich besonders mit dem Füllhorn unterwegs sind, ist bei 3 Milliarden € Mehreinnahmen im Jahr im Land keine besondere Leistung. Meine Damen und Herren, so kann man sich die Stimmen im Land nicht kaufen. Halten Sie die Wählerinnen und Wähler nicht für so dumm.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Musik in allen Formen hilft uns, unseren Sitz im Leben zu finden und gleichzeitig selbstbewusste wie selbstbestimmte Persönlichkeiten zu werden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, ich weiß, der Saaldiner tut sich bei mir schwer. Ich komme zum Schluss.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Meine Damen und Herren, Musik ist eine wertvolle Anlage. Es gilt, diesen Bereich entsprechend zu fördern und vor allem das Ehrenamt noch stärker zu unterstützen. Denn ohne das Ehrenamt, ohne die Grundlagen in der Schule, in der frühkindlichen Förderung werden wir dieses Niveau und dieses wichtige Element nicht erhalten können. Ich bitte darum, dass wir uns hier parteiübergreifend weiterhin und vor allem verstärkt einbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Walter das Wort.

Staatssekretär Jürgen Walter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mit Vergnügen festgestellt, dass in der heutigen Kulturdebatte die Reihe von MTV Unplugged in diesem Haus fortgesetzt wird. Max Herre hört man unplugged auf dem Schlossplatz, Frau Kollegin Heberer unplugged im Landtag.

(Abg. Helen Heberer SPD: Richtig!)

Ich bin schon etwas überrascht, auf welchem Planeten sich hier eine Sprecherin und vielleicht auch ein Sprecher bewegt haben. Offensichtlich ist vieles, was in den letzten Jahren hier in Baden-Württemberg zur Förderung der Musik geschehen ist, nicht angekommen. Manchmal reicht es, wenn man in den Haushalt hineinschaut. Dann sieht man, um welche Summen es geht.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ich sehe das an den glücklichen Gesichtern der Künstler schon!)

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass allein 2004 eine zehnprozentige Kürzung nach Rasenmähermethode im Kulturhaushalt stattfand, von der alle Orchester, von der die Blasmusik, von der alle betroffen waren, dann ist es schon sehr gewagt, wenn die Sprecherin der Opposition vor diesem Hintergrund so tut, als ob jetzt der Untergang des Abendlands bevorstünde. Wenn ich betroffen wäre, würde ich mir eine solche Dreistigkeit nicht erlauben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Sabine Kurtz CDU)

Was ich entschieden zurückweisen muss, ist die Behauptung, dass es zwischen dem Kultusministerium und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst keine gute Zusammenarbeit geben würde.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Also gar keine? – Heiterkeit)

– Herr Kollege Bullinger, wir arbeiten hervorragend zusammen.

Fakt ist auch, dass wir – im Gegensatz zu der Aussage von Frau Kurtz – eine mangelhafte Grundkonstruktion in der Kulturverwaltung beendet haben. Während Sie 15 Jahre lang nur darüber geredet haben, hat diese Regierung den größten Teil dessen, was mit Kultur in Baden-Württemberg zu tun hat, inklusive der Filmförderung, im MWK zusammengebracht. Die „Stuttgarter Zeitung“ nannte dies einen „Paukenschlag“. Natürlich sind alle Bereiche, die unmittelbar mit der Schulverwaltung zu tun haben, im Kultusministerium verblieben. Wie sollte dies auch anders sein? Sie können sich also beruhigt zurücklehnen, denn wir pflegen eine sehr hervorragende Zusammenarbeit.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das sagen sie alle!)

Zum Fachbeirat „Kulturelle Bildung“ kann ich sagen: Das Vorgehen wurde damals vereinbart. Die Ergebnisse werden vorgestellt, und dann machen wir uns an die Umsetzung. So war es auch mit dem Sprecherrat vereinbart. Wir hatten schon längst einen Termin angekündigt, der noch vor der Sommerpause stattfinden wird.

Wie kommen Sie zu der Behauptung, der Fachbeirat würde nicht mehr beachtet? Im Gegensatz zu Ihnen haben wir dort Geld eingestellt – Stichwort: Innovationsfonds Kunst –, wo kulturelle Bildung eine Rolle spielt. Als wir die Regierung übernommen haben, hatten wir zwar ein dickes Buch, die Kunstkonzeption „Kultur 2020“, von Ihnen übernommen, aber null Komma null Euro für die Umsetzung im Haushalt. Letztendlich ist die entscheidende Frage: Kann ich finanziell etwas bewegen, oder kann ich nichts bewegen?

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Meine Damen und Herren, es ist trotzdem schön, dass wir hier über Musik reden, denn keine andere Kunstform löst wahrscheinlich so viele Emotionen aus wie die Musik. Sie ist omnipräsent, sie ist die Kunstform, mit der die meisten oder wahrscheinlich alle Menschen zuerst in Berührung kommen. Sie ist vor allem autark, sie braucht keine Hilfestellung einer

(Staatssekretär Jürgen Walter)

anderen Kunstform. Das allein zeigt schon die Bedeutung dieser Kunstform.

Da die Einbringung und auch die Beantwortung der Großen Anfrage jetzt schon einige Zeit zurückliegen, möchte ich zunächst einmal auf ein paar aktuelle Entwicklungen eingehen, die offensichtlich bei Frau Kurtz gar nicht angekommen sind. Umso wichtiger ist es, sie hier einmal zu erwähnen.

Wir haben für diesen Bereich ca. 1 Million € zusätzliches Geld im Doppelhaushalt eingestellt. Diese Gelder sind übrigens alle auch in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Es ist nicht so wie bei euch, dass Maßnahmen kurz anfinanziert werden und dann geschaut wird, was die Sintflut noch alles bringt. So arbeiten wir finanzpolitisch und kulturpolitisch nicht. Wir haben mit diesen 1 Million € einen Teil der pauschalen zehnpromzentigen Kürzung, die es unter der alten Regierung gegeben hat, wieder zurückgenommen. Wir haben für viele Einrichtungen den langjährigen Stillstand beendet.

Es gibt in Baden-Württemberg – teilweise wurden die Namen schon erwähnt – ganz hervorragende Ensembles, Orchester, die in den letzten 20, 30 Jahren gegründet wurden und deshalb in der Vergangenheit keine Förderung erhalten haben, die ihrer Bedeutung, auch ihrer musikalischen Qualität, entsprechen hat. Kollegin Heberer hat auf das ensemble recherche in Freiburg hingewiesen. Das Gleiche gilt für das Freiburger Barockorchester oder für das Balthasar-Neumann-Ensemble, um nur einige zu nennen.

(Vereinzelt Beifall)

Alle diese großartigen Ensembles und Orchester werden jetzt besser gefördert. Wir sind immer noch nicht da, wo wir sein wollen, aber wir machen immerhin die ersten Schritte, damit diese Ensembles entsprechend berücksichtigt werden.

Man muss sich das einmal vergegenwärtigen: Das Investitionspaket umfasst 100 Millionen €. Allein 12 Millionen € davon fließen in Kunst und Kultur, in einen Bereich, der nur 1 % des Gesamthaushalts ausmacht. Das ist doch ein klares Bekenntnis zur Kultur und zur Kunst in Baden-Württemberg. Eine solche starke Ansage hat es in Baden-Württemberg seit Lothar Späth nicht mehr gegeben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Was wir zusätzlich gemacht haben: Es gibt jetzt den Tarifaussgleich bei den kommunalen Orchestern, bei den kommunalen Theatern. Das heißt, das Geld, das sie seither aus Ihrem Gesamtbudget nehmen mussten, um die Tarifsteigerungen jenseits von 1,5 % auszugleichen, können sie nun in die Hand nehmen, um Kunst zu produzieren. Auch das ist ein großer Vorteil und ein großer Schritt gegenüber der vorherigen Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Das bringt den Orchestern und den kommunalen Theatern eine verlässliche Finanzierung; das ist Planungssicherheit, und darauf sind wir stolz.

Auch Ensembles, Chöre und Festivals, die seit Langem gefördert werden und die seit Jahren auf eine ihrer Entwicklung entsprechende Zuschusserhöhung warten, werden nun in die

Lage versetzt, ihrem künstlerischen Anspruch entsprechend agieren zu können. Dazu zählen z. B. das Vocalembles Rastatt, das STIMMEN-Festival Lörrach, das Festival Europäische Kirchenmusik in Schwäbisch Gmünd oder auch die Internationale Hugo-Wolf-Akademie.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Förderung zeitgenössischer Musik. Dies ist übrigens auch schon in der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ verankert, allerdings wurde es nie umgesetzt. Die Förderung von drei international agierenden Institutionen wurde um insgesamt 23 % erhöht. Außerdem gibt es ein neues Förderprogramm für zeitgenössische Musik.

Mehrfach wurde bereits darauf hingewiesen, dass auch die Mittel für die Amateurmusik in diesem Jahr um 150 000 € erhöht wurden. Wir sind nun bei fast 5 Millionen €. Da kann man sich doch nicht hinstellen und sagen: „Das interessiert uns nicht.“ Das ist doch schlichtweg lächerlich. Wer soll so etwas denn ernst nehmen? Die Verbände, mit denen ich rede, nehmen es nicht ernst. Wenn ich mit den Blasmusikvereinen bei mir vor Ort rede, dann vernehme ich Freude über die Förderung, die sie durch diese Regierung bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben die jugendmusikalische Spitzenförderung als wichtigen Pfeiler der Breitenkultur in unserem Land um weitere 50 000 € gestärkt; das Gleiche gilt übrigens auch für die Bundesakademie für musikalische Jugendbildung in Trossingen.

Die Zukunftskonferenzen für die Musikhochschulen waren, meine Damen und Herren, ein Riesenerfolg. Das haben alle bestätigt. Die Einzige, die immer noch dagegenredet, ist Frau Kurtz.

(Lachen der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Aber man braucht ja ab und zu ein Alleinstellungsmerkmal.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Beim letzten Symposium zur Zukunft der Musikhochschulen haben die Rektoren gesagt, sie hätten sich noch nie so intensiv unterhalten und hätten noch nie in einem so guten Miteinander über eine gemeinsame Zukunft diskutiert.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Die Behauptung, diese seien am „Gängelband“ der Ministerin, ist schlichtweg lächerlich.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Meinen Sie? Da sind Sie aber schlecht informiert!)

– Sie können das anders sehen. Aber es ist doch logisch: Alle, die daran beteiligt sind, die Rektorinnen und Rektoren und die Vertreter des Ministeriums, aber auch alle anderen, die daran interessiert sind, dass es mit den Musikhochschulen weitergeht, dass diese zukunftsorientiert aufgestellt sind, dass sie zukunftsorientiert ausbilden, müssen doch auch ein Interesse daran haben, dass es Veränderungen gibt. Denn die Gesellschaft insgesamt hat sich doch verändert.

Wenn Sie jetzt sagen, es sei Erbsenzählerei, wenn wir die Zahlen von 1998 wieder zur Grundlage nehmen, da sich doch die

(Staatssekretär Jürgen Walter)

ganze Welt seitdem verändert habe, dann sage ich: Wir nehmen ja nur die Zahl der Studierenden. Wenn nun neue Fächer und neue Schwerpunkte gebildet werden, wenn die Elementare Musikpädagogik einen größeren Schwerpunkt darstellt als früher – das haben Sie immerhin lobend erwähnt, gleichzeitig aber wieder Ihr bekanntes „Aber“ hinzugefügt –, wenn der Weltmusik nun endlich der Stellenwert gegeben wird, der ihr in der Gesellschaft schon längst zukommt, dann sind all das doch Erfolge dieses Meinungsbildungsprozesses. Das kann man doch nicht kleinreden. Ich bin froh, dass wir das so gemacht haben.

Erst gestern Abend hat mir Udo Dahmen, der Leiter der Popakademie, bestätigt, wie begeistert er ist, wie viele tolle Bewerbungen es gibt – deren Zahl ist mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Plätze, die zur Verfügung stehen – und wie hoch das musikalische Niveau ist. Das wird eine tolle Sache, und das stärkt die Kulturlandschaft in Baden-Württemberg insgesamt, nicht nur in Mannheim.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Selbstverständlich sind uns die musikalische Ausbildung und auch die frühkindliche musikalische Bildung wichtig. Wir haben jetzt Gespräche geführt – die Kollegin von Wartenberg hat mich eben noch einmal darauf hingewiesen –: Uns wurde von den Musikschulen versichert, dass das Programm SPATZ, in das „Singen – Sprechen – Bewegen“ aufgegangen ist –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Singen – Bewegen – Sprechen“!)

– Ja. – Jedenfalls wird uns von den Musikschulen versichert, dass dieses Programm jetzt toll angenommen wird und hervorragend läuft. Ich meine, nur weil dieses Programm jetzt einen anderen Namen trägt und etwas anders aufgestellt ist, als Sie es gemacht haben, ist es doch nicht schlecht.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Mehr Kinder!)

Die Zahlen wird Ihnen Frau Kollegin von Wartenberg – Sie stellen ja gern immer wieder Anfragen – sicherlich gern auch einmal schriftlich zur Verfügung stellen. Kommen Sie einfach auch hier einmal zur Wahrnehmung der Realität.

Meine Damen und Herren, auch wenn in der Großen Anfrage nicht danach gefragt wurde, möchte ich einen Bereich noch erwähnen, nämlich die komplette Theater- und Opernlandschaft. Sowohl an den beiden Staatstheatern als auch an allen anderen Theatern und Opernhäusern in diesem Land findet ein erheblicher Teil unserer Musikkultur statt. Oper, Sinfoniekonzerte und Kammermusikkonzerte gehören zum Standardrepertoire, zusätzlich werden Liederabende sowie auch Ausflüge in andere Genres wie Big Band, Jazz und Neue Musik geboten. Als Hauptakteure in der musikalischen und kulturellen Bildung für alle Altersstufen stellen die Opernhäuser eine wichtige Säule der Musikkultur unseres Landes dar.

Ich freue mich, dass gestern Abend mit Jossi Wieler der Opernintendant der Stuttgarter Staatstheater den Kunstpreis des Landes Baden-Württemberg überreicht bekommen hat. Das ist eine Auszeichnung, die er verdient hat. Und dass er dann die eine Hälfte seines Preisgelds dem Förderpreis „zeitraumexit“ zukommen lässt und die andere Hälfte der Jungen

Oper in Stuttgart, das ist ein tolles Zeichen, das er als Preisträger damit gesetzt hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen fand in Karlsruhe das Musikfest Baden-Württemberg unter dem Motto „Blasmusik grenzenlos“ statt. In diesen Tagen hat man hören können – wenn man wollte –, wie grenzenlos Blasmusik wirklich ist, wie umfangreich das Repertoire ist und welche Musikstile dort abgebildet werden. Das war ein tolles Beispiel dafür, wie gut Baden-Württemberg aufgestellt ist. Dort waren 12 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dabei war eine Verschiebung gegenüber früher erfreulich: In den Orchestern waren mindestens die Hälfte der Mitwirkenden Frauen

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 60 %!)

– 60 %, Frau Kollegin. – Der Frauenanteil unter den Präsidenten betrug allerdings 0 %. Vielleicht könnten Sie – da die CDU ja immer bemüht ist, diese Posten unter sich aufzuteilen – da auch einmal erfolgreich einwirken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir gehen auf Bundesebene voran!)

Die Amateurmusik verfügt nicht nur über eine hervorragend aufgestellte Infrastruktur an Orchestern, Chören und Spielkreisen, sondern dort wurde auch ein eigenes Ausbildungssystem aufgebaut. Hier wird in die musikalische Breite hinein gefördert und gleichzeitig eine talentierte Spitze herangebildet, die eine Grundlage für die professionelle Ebene unserer Musiklandschaft bildet.

Jetzt sage ich noch ein paar Worte zum Jazz. Das ist in der Tat eines meiner Steckenpferde; aber ich habe davon noch viel mehr.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber jetzt bitte nicht die ganze Lebensgeschichte!)

Besonders hervorheben möchte ich nämlich, dass beim Jazz als einziger Musikrichtung, in der noch improvisiert wird – das ist eigentlich etwas, was zur Komplettierung einer musikalischen Ausbildung gehört und was einen Musiker vor einem anderen, der dies nicht kann, auszeichnet –, die bisher sehr geringe Förderung einfach drastisch erhöht werden musste.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Mit einer zusätzlichen Kategorie des Landesjazzpreises – Sonderpreis für das Lebenswerk – haben wir hier in Baden-Württemberg ebenfalls wieder etwas Neues geschaffen, das auf ein weltweites Echo stieß. Uns erreichten darüber Zeitungsartikel aus New York, Detroit und Tokio, und es gab auch in ganz Deutschland eine riesige Resonanz. Das zeigt: Wir haben etwas für diese Musikrichtung getan.

Meine Damen und Herren, Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt, es sei schöner, zu musizieren, als über Musik zu reden. Das ist sicherlich richtig.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Also aufhören!)

(Staatssekretär Jürgen Walter)

Aber es ist auch sehr schön, wenn nicht sogar noch schöner, der Musik zuzuhören.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schöner, als Ihnen zuzuhören, auf jeden Fall!)

Ich möchte Sie einladen: Nutzen Sie die Gelegenheit, die zahlreichen Musikfestivals, die es in den nächsten Wochen und Monaten in Baden-Württemberg geben wird, zu besuchen. Sie werden sehen, wie segensreich sich dort unsere großartige Förderung der Musiklandschaft auswirkt und was dort alles in die Tat umgesetzt wird.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Jetzt noch ein Musikstück!)

– Jetzt noch ein Musikstück? Dazu kann der Kollege Kern noch einmal nach vorn kommen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist erledigt.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 17. Juni, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 11:59 Uhr